

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 298 · 25. JAHRGANG · AUSGABE 12/2019 VOM 18. DEZEMBER 2019 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Sicherheit für
Garageneigentümer**
Für eine dauerhafte Lösung

7 | **Fernwärme und
Umweltschutz**
Große Verluste durch veraltetes Netz

12 | **Eberswalder Bürgermeister
in schwerer Zeit**
Vor 60 Jahren starb Dr. Kurt Göhre

Das Luftschloß in der Friedrich-Ebert-Straße

Hier standen einst prächtige Häuser aus Stein mit großen Wohnungen und exquisiten Geschäften. Hier war der Kudamm von Eberswalde. Die Bebauung entsprach ihrer Zeit und findet losgelöst von den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen immer noch Gefallen.

An die Bebauung im Sinne der Gestaltung eines öffentlichen Raums soll nun anknüpft werden, jedoch nicht in Form einer Nachbildung der Vergangenheit. Die Trends im Bauen entwickeln sich mit den technischen Möglichkeiten, den Erfordernissen und dem ästhetischen Empfinden immer weiter. Einer der langjährigen Trends ist, daß Fenster immer größer werden und die Häuser damit immer durchscheinender. Das Paul-Wunderlich-Haus mit seinem Glas-Foyer ist ein gutes Beispiel dafür. Zehn Jahre sind seitdem vergangen und der Trend setzt sich fort: Häuser können komplett durchsichtig sein und zu Metaphern werden. Nicht geschummelt wie bei »Des Kaisers neue Kleider«, sondern schlichtweg als eine Anpassung an die gegenwärtigen Erfordernisse.

Warum sprechen wir immer noch vom Bauen? Weil wir etwas genauso Haltbares und dem Hause Gleichrangiges erschaffen möchten: Eine öffentliche Grünanlage, die nicht das Produkt des Zufalls ist, sondern eine bewußte, gut überlegte Entscheidung!

Ich freue somit sehr, heute das Richtfest für das Luftschloß »Ebert-Wiese« feiern zu können. Es ist der gelungene Kompromiß zwischen den Anhängern einer Bebauung und den Befürwortern der Freifläche. Bebauung ja, aber so minimalinvasiv wie möglich! Wir sind froh, daß wir mit dieser Lösung den hohen Anforderungen an ein zentral gelegenes Grundstück in Zeiten des Klimawandels und der Gentrifizierung gerecht werden können.

Die Fläche ist im Flächennutzungsplan noch immer als »gemischte Baufläche« eingetragen, somit muß der Park durch eine Bebauung geschaffen werden. Die neuen Erfordernisse beschreiben, daß das zu errichtende Gebäude die stadtklimatischen Eigenschaften und den öffentlichen Charakter der Fläche in keiner Weise beeinträchtigen darf. Da sind viele Architekten der alten Schule mit ihrem Alphabet am Ende. Ein Quantensprung war nötig, das Rad mußte neu erfunden werden. So entstand das Konzept des Luftschlosses!

Uns war von vornherein klar, daß wir Neuland betreten werden mit unserem innovativen Konzept. Wichtig ist uns, daß man sich in der Eberswalder Innenstadt wie zu Hause fühlt. Das Luftschloß soll eine Wohlfühlzone werden, in der man gestalterisch eingreifen kann, die Bank verschieben oder etwas Persönliches anbringen kann. Man soll sich den Raum ergreifen können, fast wie bei sich zu Hause.

Das Luftschloßkonzept macht Frieden mit der Vergangenheit. Wir alle wissen, daß 1945 große Teile der Eberswalder Innenstadt durch Luftangriffe der Wehrmacht zerstört worden sind. Nach dem Krieg sind andere stadtplanerische Ziele verfolgt worden, vor allem sind neue Wohngebiete erschlossen worden. Das führte dazu, daß in der Innenstadt viele Grün- oder Brachflächen unbebaut blieben. Sie prägen bis heute das Gesicht der Stadt, obwohl in den letzten 20 Jahren viel gebaut wurde. Im Kapitalismus gelten Brachen praktisch als verpaßte Chance und sie sind eine Metapher für Armut und Mißwirtschaft. Damit das nicht auf die Eberswalder abfärbt, mußte die Stadt einige Lücken schließen. Auf den bisher unangetasteten Lücken jedoch haben sich ungestört über die Jahre kleine Wäldchen, quasi Naturzellen, gebildet, die



Grundsteinlegung zum »Luftschloß«. Trotz des Dauerregens beteiligten sich an der Veranstaltung etwa 50 Menschen. Weitere machten kurz halt, unterschrieben und eilten dann weiter. Ganz zu Anfang war auch Minister Axel Vogel kurz da, um sich dann in Richtung Büro der Grünen zu bewegen. Mehrere Stadtverordnete, unter ihnen HARDY LUX, Dr. HANS MAI und CARSTEN ZINN unterstützten das Anliegen mit ihrer Anwesenheit.

eigentlich ganz in der Tradition des Luftkurorts und der Waldstadt Eberswalde stehen.

Mit dem Luftschloßkonzept sagt Eberswalde jetzt selbstbewußt Nein! Wir wollen keine zweitklassigen Nachmacher sein, sondern wir wollen Neuland betreten. Jetzt ist die historische Gelegenheit, den Eberswalder Grünschatz wiederzuentdecken und als solchen zu feiern!

Beschreibung des Schlosses

Es wurde am Material gespart. Bauauflagen gelten schließlich nicht für Luftschlösser, ...

Das Luftschloß besitzt eine unsichtbare Gas-Fassade. Neuartig, weil sie auch durchlässig für Vögel und Insekten ist. Wir stehen auf dem Dach. Es ist eine Maulwurfs-Dachbegrünung, die im Austausch mit dem Grundwasser steht. Die erwachsenen Bäume leisten unmittelbar eine Verdunstungskühle und Sauerstoffproduktion, auf die man bei Neupflanzungen etwa 30 Jahre warten muß.

Zentrales Stilelement ist der Verzicht auf Glas, Stahl und Beton. Die Glas, Stahl und Brantkalk-Produktion ist sehr energieintensiv und verursacht immense Mengen an CO₂. Außerdem stehen diese Baustoffe in direkter Verantwortung dafür, daß woanders Berge gesprengt und Sandstrände oder Flußkiese abgebaggert werden.

Fortsetzung auf Seite 2

Die SPD am Scheideweg

Die Wahlentscheidung einer Mehrheit der SPD-Mitglieder, das Duo SASKIA ESKEN und NORBERT WALTER-BORJANS zu den künftigen SPD-Vorsitzenden zu empfehlen, ließ hoffen, daß sich die SPD wieder stärker zu einer linksgerichteten Partei entwickelt, die Interessen der einfachen Leute nicht nur propagiert, sondern auch durchsetzt, für mehr soziale Gerechtigkeit sorgt und die unheilvolle Entwicklung der ständig größeren Unterschiede zwischen Reichen und Armen in der BRD nicht nur stoppt sondern umkehrt. Dazu ist eine alternative Entscheidung notwendig, ob das durch eine grundlegende Veränderung des Koalitionsvertrages und damit der bisherigen Politik durchgesetzt wird – was bei der Haltung von CDU/CSU stark bezweifelt werden muß – oder die große Koalition beendet und Neuwahlen durchgeführt werden. Damit bestünde die Möglichkeit, daß sich im Rahmen der parlamentarischen Demokratie linksorientierte Kräfte, wie beispielsweise Grüne und Linkspartei mit der SPD verbünden, um Mehrheiten zu bilden.

Vom Parteitag der SPD wurden die beiden Kandidaten Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans mit großer Mehrheit zu Parteivorsitzenden gewählt. Leider wurde in ihren Referaten und auch im Leitantrag davon ausgegangen, in der großen Koalition vorerst zu verbleiben und Verhandlungen zur Veränderung des Koalitionsvertrages zu führen.

Ich halte das für aussichtslos, damit den Koalitionspartner für solche Vorhaben zu gewinnen, wie den Verzicht auf die schwarze Null zu Gunsten eines umfassenden Investitionsprogramms für die dringende Verbesserung der Infrastruktur sowie den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, für eine Vermögens- und Erbschaftssteuer, die den Namen verdienen, einen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde oder eine Grundrente ohne Bürokratie und langfristig eine Rentenreform, wo alle einzahlen. Nach dieser Entscheidung besteht die Gefahr, daß letztlich der Koalitionsvertrag und die Politik »Weiter so« fortgeführt und daß die SPD in der Wählergunst weiter abstürzt.

Das zeigt sich schon in der ersten Umfrage nach dem Parteitag, wo die SPD inzwischen nur 11 % erhielt. Die SPD steht an einem Scheideweg. Es bleibt zu hoffen, daß die linken Kräfte in der Partei die Sinnlosigkeit dieser weiteren Verhandlungen bald erkennen, die große Koalition endlich verlassen und Neuwahlen anstreben mit dem Ziel, gemeinsam mit anderen linken Kräften wie Grüne und Linke die Politik wirklich grundlegend zu verändern.

Dr. HELMUT KOCH

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de

Fortsetzung von Seite 1

Das Luftschloß in der Friedrich-Ebert-Straße

Das unauffällige Design der Gas-Fassade setzt einen gelungenen Kontrapunkt zu der umgebenden klassischen Steinbebauung. Der freie Blick in die Bäume fängt den wirren Blick auf, beruhigt ihn und läßt ihn weiter auf die preisgekrönte Fassade der Bibliothek gleiten!

Zum Gehweg hin ist das Schloß offen, damit Passantinnen und Passanten jederzeit einbiegen oder eine beliebige Abkürzungen wählen können. Das Südschiff des Schlosses bildet die grüne Lunge der Innenstadt. Zur Pappelsamenreife ist die Luft wie voller Schnee!

Der Laubgang im Hinterteil ist wie eine Schatten-Kopie des belebten sonnigen Bürgersteiges. Er ist der bevorzugte Weg für verträumte oder ruhebedürftige Menschen. In der Luftschloß-Architektur ist nicht nur von der Natur abgesehen worden, sondern hier ist die Natur als Baumeister im Dienste der Menschen aktiv und als solcher anerkannt. Diese Gleichstellung sollten wir in unserem eigenen Interesse endlich in unser Handeln aufnehmen.

Wir danken der langjährigen Arbeit der städtischen Gärtnerinnen und Gärtner sowie den Politikerinnen und Politikern und allen anderen, die sich in der Vergangenheit bis heute für den Erhalt der Brache eingesetzt haben und

Radnutzungskonzept adé

Städtische Ausschüsse lehnen Finanzierung ab

Eberswalde (bbp). Im Jahr 2015 verabschiedete die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung ein Radnutzungskonzept. Es enthält zahlreiche Maßnahmen für die Verbesserung des Radverkehrs in Eberswalde, die in den folgenden 15 Jahren bis 2030 umgesetzt werden sollten. Allerdings fand das in den Haushaltsplänen nach 2015 fast keinen Niederschlag.

Auf Anregung der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« beantragte die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR zum Haushalt 2020/21, »zweckgebunden jeweils 500.000 Euro pro Jahr als Eigenanteil für den Ausbau von Radwegen einzuplanen«.

Die Bürgerinitiative hatte bereits zum Haushalt 2019 – damals noch ohne eigene Vertretung in der Stadtverordnetenversammlung – angeregt, 500.000 Euro für die Radwegfinanzierung bereitzustellen (<http://radwege.alternative-eberswalde.de/#21>).

»Die Stadtverordnetenversammlung war damals dieser Anregung zum Teil gefolgt«, heißt es in der Sachverhaltsdarstellung. »Im Verwaltungsvorschlag für den Haushalt 2020/2021 sind die zusätzlichen Mittel wieder getilgt. Der aktuelle Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion zielt auf eine Wiederherstellung des Volumens von 2019. Wie der Begründung zu entnehmen ist, können damit lediglich zurückgestellte Maßnahmen der Vorjahre abgearbeitet und Maßnahmen mit einer hohen Priorität durchgeführt werden. Für die Umsetzung des Radnutzungskonzeptes von 2015 wäre ab

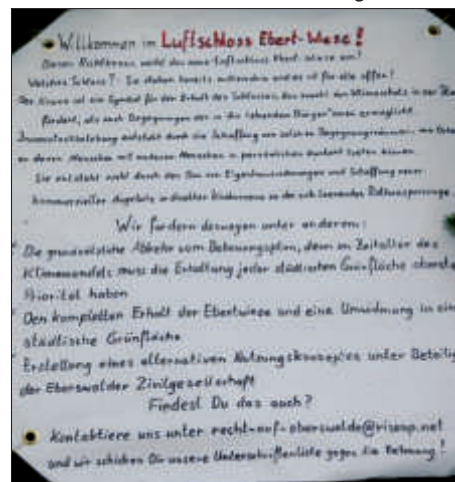


Foto: ALBRECHT TRILLER

wünschen allen zukünftigen Besucherinnen und Besuchern einen gesunden Aufenthalt in den Gewölben des Luftschlosses. Damit dieses Bauwerk die Innenstadt belebt und der Zusammenkunft der Menschen in Eberswalde dient, ist Ihre Mithilfe dringend erforderlich! Jetzt sind Sie an der Reihe:

Eignen Sie sich das Schloß an und erfüllen Sie es mit Leben!

PAUL VENUß, Recht auf Stadt Eberswalde

2016 ein kommunaler Eigenanteil von 420.000 Euro pro Jahr notwendig gewesen. Nur ein marginaler Bruchteil davon wurde tatsächlich bereitgestellt. Inzwischen hat sich ein riesiger Investitionsrückstau angesammelt. Mit der Bereitstellung von jeweils 500.000 Euro in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 kann zumindest erreicht werden, daß dieser Investitionsrückstau nicht noch größer wird. Die aktuellen Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Klimawandel erfordern auch ein stärkeres Engagement der Stadt Eberswalde für den Radverkehr, um diesen als sinnvolle Alternative statt in ineffektiver Konkurrenz zu anderen Verkehrssegmenten zu entwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen müssen zudem die Prioritäten des Radnutzungskonzeptes überarbeitet werden.«

Die Mehrheiten in den Ausschüssen gehen davon aus, daß sie mit der Wiederaufstockung der Mittel für Geh- und Radwegesanieierung, die vorrangig Gehwegen zugute kommt, auch genug für den Radverkehr insgesamt getan haben. Die Verwaltung bekräftigt diese Sicht, indem sie erklärt, mehr Maßnahmen ohnehin nicht bearbeiten zu können. Niemand sieht sich bemüßigt, einer solchen Aussage näher auf den Grund zu gehen.

Fakt ist, daß die Stadtverordneten mit ihrer Ablehnung des Finanzierungsantrags faktisch das Radnutzungskonzept von 2015 insgesamt ad absurdum führen und sich von einer Umsetzung der dort beschriebenen Maßnahmen weitgehend verabschiedet haben.

Aufstehen gegen Haß und Gewalt

350 Menschen erinnerten an Amadeu Antonio

Am Abend des 6. Dezember versammelten sich in Eberswalde circa 350 Menschen, um an AMADEU ANTONIO zu erinnern, der vor 29 Jahren von Rechtsradikalen ermordet wurde. Amadeu Antonio ist eines der ersten Opfer rechter Gewalt nach der Wiedervereinigung. Zur Gedenkveranstaltung kamen so viele Menschen wie seit langem nicht mehr.

Der Auftaktkundgebung am Standort des ehemaligen »Hüttengasthof« an der Ecke Eberswalder Str./Lichterfelder Straße folgte ein Schweigemarsch zur Mahn- und Gedenktafel für Amadeu Antonio. Dieser Marsch fand auf den letzten Metern im Leben von Amadeu Antonio statt, als er versuchte, seinen Mördern zu entkommen.

Zum Gedenken wurde traditionell das Gedicht »Wir sind hier, Bruder Amadeu« auf Portugiesisch und Deutsch verlesen sowie das Lied »We shall overcome« gesungen. Es gab außerdem eine kurze Ansprache vom Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski, in der er darauf hinwies, daß es auch heute noch

rassistische Übergriffe in der Stadt gibt und es wichtig ist, sich gegen diese zu stellen.

Am Ende der Gedenkveranstaltung wurden außerdem fünf Anliegen zum weiteren Umgang mit dem Gedenken an Amadeu Antonio sowie im Umgang zum wieder stärker werden Rassismus in der Stadt vorgetragen und im Anschluß an Landrat Daniel Kurth, Bürgermeister Friedhelm Boginski und der Amadeu Antonio Stiftung übergeben.

Die Kampagne »Light me Amadeu«, zu der der afrikanische Kulturverein Palanca e.V., die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, die Evangelische Jugendarbeit Barnim sowie zahlreiche weitere unterstützende Institutionen aus dem gesamten Landkreis zählen, engagiert sich seit über 20 Jahren für Offenheit und ein respektvolles Miteinander. Die Initiative setzt jährlich mit dieser Gedenkveranstaltung ein Zeichen gegen Haß, Hetze und Gewalt und für Solidarität, Demokratie und Menschenrechte.

FLORIAN GÖRNER

Müllgebühren steigen über Gebühr

Biotonne führt im Landkreis Barnim zu zusätzlich 20.000 Tonnen Müll

Die Gebühren zur Müllentsorgung sind in den letzten Jahren konstant geblieben, genauso wie auch die anfallende Restmüllmenge der Barnimer Haushalte. Selbst mit der freiwilligen Nutzung der neuen Biotonne und einem Anschlußgrad von 83% sank die Restmüllmenge nicht. Dafür kamen etwa 20.000 Tonnen neue Bioabfälle hinzu. Dabei wurde der hohe Anschlußgrad nur erreicht, weil unzutreffend erklärt wurde, die sogenannte Biotonne sei kostenlos. Die für die Abholung anfallenden Kosten wurden einfach in eine Mischkalkulation eingerechnet. Die Folge ist, daß nunmehr Biomüll, der sonst umweltfreundlich kompostiert worden wäre, von Dieselfahrzeugen abgeholt wird.

Nun ist geplant, die Kosten der neuen, jetzt auch offiziell als kostenpflichtig bezeichneten Biotonne in einer für alle gleichen Müllgebühr in Rechnung zu stellen, und zwar unabhängig davon, ob die Biotonne freiwillig weitergenutzt oder auch nicht genutzt wird. Mehr noch, die Gebühr steigt auch um ca. 15 Euro pro Kopf.

Wir rechnen der Kreisverwaltung und der BDG durchaus ein teils schlüssiges Konzept an, jedoch muß die Nutzung der Biotonne oder dessen Nichtnutzung auch zu unterschiedlichen Gebühren führen. Eine Umlage auf alle angeschlossenen Haushalte ist aus unserer Sicht unzulässig. Dazu kommt der fehlende Nachweis der Müllreduzierung. Die Restmüllmenge liegt in etwa konstant bei 40.000 Tonnen pro Jahr und ist damit genauso hoch wie in den Jahren zuvor.

Dazu kommen neue Entsorgungsfahrten mit Diesel-LKWs, die wiederum den Biomüll gesondert abtransportieren. Statt weniger CO₂ wird nun mehr davon produziert, was erkennbar gegen die vorgebliche Null-Emissions-Strategie des Kreises verstößt. Eine gleichzeitige Abholung mit einem modernen Mischfahrzeug erfolgt nämlich nicht.

Eine normale Gebührenanpassung nach sieben Jahren aufgrund Anstiegs der Gehälter, des Preises für Treibstoff und anderer Kosten wäre nachvollziehbar, wenn dem keine Leistungsreduzierungen entgegenstünden. Jedoch wird der Abfuhrhythmus des normalen Hausmülls reduziert und die Abfuhr von Laub aus dem öffentlichen Raum nun in Gemeinden wie z. B. Schorfheide durch die BDG ganz eingestellt. Dieser muß nun von den Bürgern selbst zu den Wertstoffhöfen gebracht werden.

Deshalb fordern wir zur anstehenden Debatte im kommenden Kreistag die Zurückstellung der geplanten Erhöhungen bei den Gebühren der Müllentsorgung um zwei Jahre und eine Überarbeitung der neuen Gebührensatzung, worin Hausmüll und Biomüll getrennt dem Nutzer berechnet werden und auch dem Konzept der Null-Emissions-Strategie mehr Gewichtung beigemessen wird. Es nützt weder der Umwelt noch den Bürgern, wenn aufwendig gesammelte Bioabfälle teuer und zusätzlich umweltbelastend durch die Gegend gefahren statt wie bisher kompostiert werden.

SVEN WELLER und PÉTER VIDA
(BVB/Freie Wähler)

Fünf Anliegen

»... Rassismus hat das Schicksal ganzer Nationen und Generationen verändert und der heutigen Welt seinen gräßlichen Stempel aufgedrückt. Wie können wir annehmen, daß so ein wirkmächtiger Koloss auf einmal nicht mehr existiert? ... wie können wir tatsächlich glauben, daß Rassismus als System nicht mehr Teil aller unserer Institutionen, Strukturen und unserer Sozialisation ist? (...) Um Rassismus zu demontieren, ist es enorm wichtig, daß wir dies anerkennen und begreifen.« (Tupoka Ogette in: »exit RACISM«)

Anläßlich des 29. Todestag von Amadeu Antonio müssen wir noch immer betonen, daß die Arbeit für die Überwindung von Rassismus weitere kräftige Anstrengungen braucht. Darum wenden wir uns mit fünf Anliegen an den Landkreis Barnim, an die Stadt Eberswalde und an die Amadeu Antonio Stiftung:

1. Die Angehörigen, die ehemaligen Freunde und Kollegen von Amadeu Antonio und andere aktive Personen treten seit 2011 für die Amadeu-Antonio-Straße ein. Wir meinen weiterhin: Ein Kilometer der Eberswalder Straße hier sollte Amadeu Antonios Namen tragen. Sein 30. Todestag im nächsten Jahr wäre der richtige Zeitpunkt für diese Umbenennung.

2. Wir wünschen uns, daß die Mahn- und Gedenktafel für Amadeu Antonio besser sichtbar wird. Dazu könnten der Landkreis Barnim, die Stadt Eberswalde und die Amadeu Antonio Stiftung einen künstlerischen Ideenwettbewerb ausschreiben und unter Beteiligung von Palanca e.V. die besten Ideen realisieren.

3. An der Eberswalder Baumsynagoge, dem Gedenkort »Wachsen mit Erinnerung« erklärt eine Informationstafel sehr gut, was dort passierte, wohin Ausgrenzung und Antisemitismus führten. Eine ähnliche Informationstafel sollte am ehemaligen Hüttengasthof aufgestellt werden, um an die rassistische Hetzjagd im November 1990 und an deren Auswirkungen zu erinnern.

4. Wir wünschen uns, daß das Bürgerbildungszentrum, das den Namen Amadeu Antonios trägt, noch mehr mit Inhalten und Veranstaltungen gefüllt wird, die zum Thema passen. Diese Aufgabe darf nicht nur von der Zivilgesellschaft erwartet werden.

5. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden immer heftiger angegriffen, auch elementare Menschenrechte. Die Grenzen des Sagbaren und der Respektlosigkeit werden ins Unsäglich und Unerträglich verschoben. Dem Alltagsrassismus muß vor Ort systematisch der Kampf angesagt werden. Auch das kann die Zivilgesellschaft nicht allein schaffen.

Wir brauchen also im Barnim, speziell in Eberswalde deutlich mehr Personal, mehr Koordination und mehr Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen sowie der Selbstorganisation von eingewanderten Menschen...

AUGUSTO JONE MUNJUNGA (Palanca e.V.),
STEFFEN EHLERT (Barnimer Kampagne
»Light me Amadeu«) und DIETER GADISCHKE (Initiative SOS Rassismus Barnim)

Stadtfraktion DIE LINKE:

Ein neues Amt

Eberswalde (bbp). Während die Initiative der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR, die im Haushaltsplan zusätzlich vorgesehenen Stellen in einem »Amt für Klimawandel« zu konzentrieren, überall auf Ablehnung gestoßen ist, machte die Linksfraktion noch kurzfristig einen weiteren Änderungsvorschlag zum Haushalt. Der Bürgermeister wird darin gebeten, die Schaffung eines »Amtes für Soziales« zu prüfen. Während der PARTEI-Antrag stellen- und kostenneutral war, soll hier schon mal im neuen Haushalt eine zusätzliche Amtsleiterstelle in der Entgeltgruppe E13 zur Koordination der Bereiche Soziales, Integration und Teilhabe installiert werden.

Derzeit gibt es im Stellenplan ein »Referat für soziale Teilhabe & Integration« mit einer Stelle, deren Inhaber, sich allerdings wohl jüngst aus dem Stadtdienst entfernt hat. Die Frage, welche Bereiche zusätzlich in dem neuen Sozialamt zusammengeführt werden sollen, beantwortet DIE LINKE nicht. Aber vielleicht kann sie geeignetes Personal zur Verfügung stellen.

Geld für Ortsteilzentren

Eberswalde (bbp). Für die Planung von Maßnahmen zur Aufwertung der Ortsteilzentren in den Ortsteilen der Stadt Eberswalde will die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR 2020 und 2021 zusätzliche Mittel in Höhe 100.000 Euro pro Haushaltsjahr einstellen. Ein entsprechender Änderungsvorschlag zum Haushaltsplanentwurf stieß jedoch auf Widerstand insbesondere der Verwaltung, worauf die Einreicher in drei Ausschüssen auf eine Abstimmung verzichteten. Erst im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen gab es eine Abstimmung und mit 3 Ja-Stimmen, 3 x Nein und 6 Enthaltungen ein sehr knappes Ergebnis. Die Ablehnungen kamen von der FDP, den Bündnisgrünen und von einem SPD-Stadtverordneten.

Nach dem Willen der Einreicher sollen die zusätzlichen Mittel insbesondere für die Planung eines Bürgerhauses in der Clara-Zetkin-Siedlung mit Kita, der Möglichkeit für Jugend- und Seniorenbetreuung, der Bereitstellung von Räumlichkeiten für die ambulante allgemein- und zahnärztliche Betreuung, für Verkaufseinrichtungen von Waren des täglichen Bedarfs, einen Geldautomaten sowie für Räumlichkeiten für die Gestaltung eines aktiven Ortsteillebens (Versammlungssaal, Kleinkindertreff etc.) eingesetzt werden.

»Anhand der gewonnenen Erfahrungen aus der Planung des Bürgerhauses für die Clara-Zetkin-Siedlung werden nachfolgend auch für die anderen Ortsteile der Stadt Eberswalde solche Bürgerhäuser geplant«, heißt es in der Vorlage weiter. Die Umsetzung soll ab 2022 erfolgen.

Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur:

Klotzen statt Kleckern!

Ein Amt für Klimawandel in Eberswalde

Im November wiesen wir auf das Defizit im Haushaltsplan 2020/21 hin und auf die Risiken, die sich aus der Ausweitung des Personalbestandes der Stadtverwaltung ergeben.

Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur ist der Meinung, daß die Personalerweiterung nicht dem Gießkannenprinzip folgen sollte. Wir schlagen daher eine Konzentration auf wesentliche Schwerpunktthemen vor.

Ein Blick in die Medien reicht aus: Der Klimawandel und die Bewältigung möglicher Folgen sind derzeit zweifellos die wichtigsten Aufgaben, vor denen die Welt, Europa, die BRD und auch die Stadt Eberswalde steht. Neben dem notwendigen zusätzlichen Personal im Kitabereich sollte daher die ohnehin geplante Personalaufstockung vornehmlich dem Klimaschutz zugute kommen.

Wir haben daher vorgeschlagen, die zusätzlich geplanten Stellen im Bereich der Kernverwaltung in einem neuen »Amt für Klimawandel« zu konzentrieren. Hier können auch alle

bereits vorhandenen Ressourcen (HNEE, ERNEUER:BAR, bürgerschaftliche Initiativen) zusammenfließen.

Wir plädieren für die Devise: Klotzen statt kleckern!

Diese Schlagkraft wird es der Stadt Eberswalde ermöglichen, die mit dem Beschluß zum Klimapaket formulierten Aufgaben auch angemessen umsetzen zu können.

Weitere Vorschläge, mit denen sich unsere Fraktion an der »Wünsch Dir was«-Diskussion zum Haushaltsplan 2020/2021 beteiligte, zielen auf Verbesserungen hinsichtlich der Verkehrssicherheit in der Potsdamer Allee und der Frankfurter Allee sowie der Aufenthaltsqualität auf dem zentralen Platz des Brandenburgischen Viertels. Daneben unterstützt die Fraktion die Optimierung der Obus-Haltestellen in der Frankfurter Allee. Ein weiteres Vorhaben unserer Fraktion ist die Fortschreibung der Beschlüsse zur Garagenproblematik von 2004.

MIRKO WOLFGGRAMM

Ein Sportbeauftragter für die Stadt Bernau

Nach zähem Ringen in den Ausschüssen hat sich die Bernauer Stadtfraktion BVB/Freie Wähler durchgesetzt. Die Stadtverordnetenversammlung hat die von mir beantragte Schaffung der Stelle eines Sportbeauftragten mehrheitlich befürwortet.

Aufgrund der vielen, sehr aktiven Vereine mit Tausenden Mitgliedern in der Stadt braucht es eine Stelle, die den Bedarf bündelt und koordiniert. Insbesondere soll es mehr Sportfeste in Bernau unter Einbeziehung der Bürger geben.

Angesichts der vorhandenen Potentiale sind auch die finanziellen Zusatzbelastungen für den Haushalt vertretbar.

Zwar hat die Stadtverwaltung bis zuletzt versucht, mit formalen Argumenten die positive Beschlußfassung zu verhindern. Doch sowohl dem Grundanliegen als auch der haushälterischen Darstellung wurde mit klarer Mehrheit gefolgt. Wir werden darauf achten, daß die Ausgestaltung der Stelle in Abstimmung mit den Sportvereinen erfolgt.

JAN HEIDE

Stadtfest »FinE« teurer Spätbus in Bernau

Eberswalde (bbp). Kurz vor Toresschluß bereicherte die Fraktion FDP/BFB den Änderungskatalog zum Haushaltsplan um einen weiteren Antrag. Das Budget für das »Fest in Eberswalde« (FinE) soll um weitere 10.000 Euro erhöht werden. Mit diesen Mitteln soll am Vorabend des Stadtfests »eine qualitativ hochwertige Jugendveranstaltung« durchgeführt werden. Die Mittel sollen nicht für andere Verwendungen zur Verfügung stehen, so der ausdrückliche Hinweis im Beschlußtext.

Seit Jahren sei erfolglos versucht worden, heißt es in der Begründung, Jugendliche für das Stadtfest zu interessieren. »Eine Möglichkeit, die kulturelle Bandbreite der Veranstaltung zu erhöhen, ohne jedoch den hohen Anspruch zu gefährden, ist die zeitliche Erweiterung des FinE«.

Was eine Jugendveranstaltung »qualitativ hochwertig« macht und inwieweit das FinE für Jugendliche einen zu »hohen Anspruch« hat, legten die Antragssteller nicht dar.

In der jüngsten Sitzung der Bernauer Stadtverordnetenversammlung wurde auch der Antrag von BVB/Freie Wähler auf Schaffung von Spätbus-Linien angenommen.

Ziel ist es, den Bürgern der Stadt und insbesondere den Ortsteilen die Möglichkeit zu geben, auch nach 22 Uhr den ÖPNV zu nutzen, um die kulturellen, sozialen und kommunalpolitischen Angebote der Stadt wahrnehmen zu können, ohne vom Pkw abhängig zu sein. Untersuchungen zeigen zudem, daß dadurch auch tagsüber eine höhere Nutzungsquote entsteht. Damit werden also nicht nur infrastrukturelle, sondern auch ökologische Vorteile geschaffen.

Die einstimmige Befürwortung des Antrages dokumentiert, daß der noch vor einiger Zeit in Abrede gestellte Bedarf eindeutig gegeben ist. Wir werden gegenüber der BBG auf eine entsprechende Bereitstellung von Kapazitäten drängen.

PETER ZELT

Sicherheit für Garageneigentümer:

Für eine dauerhafte Lösung



FOTO: ALBRECHT ODERICH

Eberswalde (bbp). Ende 2019 läuft der aktuell gültige Beschluß zur »Lösung der Garagenproblematik« aus dem Jahr 2004 aus. Das würde bedeuten, daß ab Januar 2020 unmittelbar die Regelungen des sogenannten Schuldrechtsanpassungsgesetzes durchschlagen und zumindest theoretisch allen Garagenbesitzern auf städtischem Grund und Boden eine sofortige Kündigung drohen würde, einschließlich einer möglichen Beteiligung an den Abrißkosten.

Um diese Problematik dauerhaft zu lösen, hat die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR den Eberswalder Stadtverordneten vorgeschlagen, die Befristung aus dem Beschluß von 2004 ersatzlos zu streichen.

Dies rief nun die Stadtverwaltung auf den Plan, die mit einem Änderungsantrag reagierte. Dabei wird der Zielrichtung – für die Garagenbesitzer und für die Stadt Eberswalde Rechtssicherheit herzustellen und Streit zu vermeiden – grundsätzlich gefolgt. Allerdings bedürfte es bei einer unbefristeten Verlängerung

»einer Regelung zur einheitlichen und interessengerechten Handhabung..., die u.a. Aspekte der Stadtentwicklung, das Stadtbild, Voraussetzungen zum Abschluß einer dreiseitigen Vertragseintrittsvereinbarung oder eines Mietvertrages« beinhalten. Dazu gehören beispielsweise »Regelungen zu den Themen Nutzungsaufgabe durch den Garageneigentümer, Instandsetzungs- und Schönheitsreparaturen im Sichtbereich zur Verschönerung des Stadtbildes sowie das Unterbinden des Garagenhandels«. Auch der Verkauf an auswärtige Käufer sowie an Käufer, die diese Garage gar nicht selber nutzen, sondern untervermieten wollen, sollte geregelt werden.

Der Änderungsantrag der Verwaltung sieht vor, die bestehende Regelung zunächst um ein Jahr bis zum 31.12.2020 zu verlängern. Bis dahin soll die Verwaltung eine Richtlinie erarbeiten, welche die interessengerechte Regelungen zur Garagenthematik beinhaltet. Die Einreicherfraktion hat inzwischen signalisiert, daß sich den Änderungen der Verwaltung folgen kann.

Im Ausschuß abgelehnt:

Geld für das Brandenburgische Viertel

Eberswalde (bbp). Für Maßnahmen zur Aufwertung öffentlicher Plätze und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Brandenburgischen Viertel, so ein Vorschlag der Fraktion DIE PARTEI Alternative für Umwelt und Natur, sollen in den Haushalt 2020/21 zusätzliche Mittel in Höhe von 50.000 Euro eingestellt werden. Eine Initiative zur Verkehrsberuhigung in der Postdamer Allee hat die Fraktion bereits in die Stadtverordnetenversammlung am 17. Dezember eingebracht. Des weiteren sollen durch die vorgeschlagene Änderung zum Haushaltsplan weitere Maßnahmen insbesondere zur Aufwertung des Potsdamer Platzes ermöglicht werden.

»Im Gespräch mit Einwohnerinnen und Einwohnern«, so der Fraktionsvorsitzende Mirko Wolfgramm, »sind uns zahlreiche konkrete Vorschläge zugegangen. Insbesondere zur Aufwertung des Potsdamer Platzes gibt es einige Vorschläge (z.B. Wasserspielplatz), die wir derzeit bearbeiten und in den kommenden Monaten in die städtischen Entscheidungsgremien einbringen wollen.« Solche zusätzlichen Maßnahmen, deren finanzieller Aufwand noch zu ermitteln ist, sind im Haushaltsplanentwurf nicht unterlegt. Mit der vorgeschlagenen Änderung des Haushaltsplans sollen solche zusätzlichen Maßnahmen ermöglicht. Im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen fand der Vorschlag keine Mehrheit.

Baumaßnahmen Saarstraße

Eberswalde (bbp). In den kommenden Jahren soll die Saarstraße in Ostende grundhaft instandgesetzt werden. Geplant war, zunächst einen ersten Bauabschnitt von der Freienwalder Straße bis zur Obusendhaltestelle an der Max-Lull-Straße in Angriff zu nehmen, um anschließend den Abschnitt von der Lull-Straße bis zu den Ostender Höhen zu erneuern. Die Fraktion FDP/BFB hat nun im Rahmen der Haushaltsdiskussion vorgeschlagen, die beiden Bauabschnitte zu tauschen.

»Würde zunächst nur im Bereich ab der Freienwalder Straße gebaut werden, würde der gesamte Ortsteil faktisch von der Außenwelt abgeschnitten werden«, begründete Götz Trieloff den Antrag. Die vorrangige Fertigstellung des »hinteren« Abschnittes der Saarstraße gestatte hingegen eine bessere verkehrliche Anbindung des Wohngebietes Ostende während der Arbeiten am »vorderen« Abschnitt.

Obusse fahren früher

Eberswalde (bbp/jg). Mit dem Fahrplanwechsel am 15. Dezember ergeben sich einige Verbesserungen im Barnimer ÖPNV. Die Linie 910 zwischen Finowfurt und Südent verkehrt jetzt in der Woche halbstündlich auch zwischen 9 und 13 Uhr, wobei die Eberswalder Einwohner in Südent zum ersten mal in den Genuß eines Nahverkehrs am Wochenende kommen. Sonnabend und Sonntag verkehrt der 910er Bus alle zwei Stunden und endet ab 20 Uhr aus Richtung Finowfurt am Hauptbahnhof. Die Anschlüsse vom eintreffenden RE3 nach und von Finowfurt verbessern sich. Von Montag bis Freitag treffen die 910er Busse jeweils Viertel vor bzw. Viertel nach der vollen Stunde an den Obus-Haltestellen am Hauptbahnhof ein. Der Südender fährt dabei ein paar Minuten vor dem Ostender Obus, während der Finowfurter ein paar Minuten nach dem Obus zur Schönholzer Straße fährt. Die Wendeschleife zum Bahnhofsvorplatz entfällt. Damit sich die Busse nicht in die Quere kommen – schließlich hält der 910er jetzt an jeder Haltestelle – wurde der Ostender Obus drei Minuten früher eingetaktet und der Nordender 4 Minuten früher. Entsprechend fahren sie jetzt an jeder Haltestelle ein paar Minuten früher los. Das gilt es zu beachten! Die Wochenendfahrpläne sind im Prinzip geblieben wie bisher. Im Haltestellendurchlauf hat sich nicht viel geändert, außer daß in den Abschnitten Grabowstraße bis Karl-Marx-Platz, Saarstraße bis Gertraudenstraße und Grabowstraße bis Hauptbahnhof jetzt generell tagsüber zwei Minuten Fahrzeit berechnet werden, auch am Wochenende. Es wird sich zeigen, ob die befürchtete Vermutung eintritt, daß sich nun die Busse an den Haltestellen stauen werden oder ob mit dem neuen Fahrplan alles problemlos läuft.

Wahl noch nicht gerichtsfest

Schorfheide (bbp). Am 27. November hatte die Gemeindevertretung über einen Einspruch von Dr. Andreas Steiner und Johannes Madeja zur Bürgermeisterwahl zu entscheiden. Diese war denkbar knapp ausgefallen, so daß bemängelte Unregelmäßigkeiten hinsichtlich der Briefwahl (BBP 10/2019) durchaus wahlentscheidend wirken konnten.

Entgegen dem üblichen Procedere war die Vorlage nicht vorab auf der Internetseite veröffentlicht worden. Zur Gemeindevertretersitzung selbst hatte die Wahlleiterin Angela Braun eine umfangreiche Stellungnahme vorgelegt, in der sie die Vorwürfe zurückwies. Es seien lediglich am 31. August und am 14. September, also jeweils am Tag vor der Wahl, Wahlbriefe in den Kasten gesteckt worden. Am 14. September sei der Briefkasten auch nicht überfüllt gewesen, stellte sie fest. Die Einwendungen seien »nicht ausreichend substantiiert« und auf Pauschalbehauptungen beschränkt.

Die Gemeindevertreter folgten mehrheitlich der Auffassung der Wahlleiterin. Es gab eine Stimmhaltung von Kathrin Severin (DIE LINKE). Dr. Steiner als Einreicher des Einspruchs sowie die Kandidaten der Stichwahl Wilhelm Westerkamp (Bündnis Schorfheide) und Katharina Slanina (DIE LINKE) stimmten aus Befangenheitsgründen nicht mit ab.

Die Einreicher des Einspruchs wollen nun juristisch prüfen lassen, ob eine Klage gegen den Beschluß der Gemeindevertretung Aussicht auf Erfolg haben könnte. Ein erster Beratungstermin bei einem Berliner Rechtsanwalt fand nach Redaktionsschluß statt.

Wohngeldanpassung

Eberswalde (prest-ew/bbp). Derzeit erhalten 977 Eberswalderinnen und Eberswalder in 607 Haushalten Wohngeld. Die Zahl der Haushalte, denen ein Zuschuß zu den Kosten der Unterkunft nach dem Wohngeldgesetz bewilligt werden kann, könnte deutlich steigen, denn ab dem nächsten Jahr tritt das Wohngeldstärkungsgesetz in Kraft, welches unter anderem eine Anpassung der Einkommensgrenze und der zu berücksichtigten Kosten der Unterkunft vorsieht. Dies kann dazu führen, daß Haushalten, denen bereits über den 31. Dezember hinaus Wohngeld bewilligt wurde, ab 1. Januar ein höheres Wohngeld zusteht. Solche Haushalte müssen keinen separaten Antrag stellen. Die entsprechende Neuberechnung und -bescheidung erfolgt von Amts wegen automatisch.

Haushalte, die bislang aufgrund geringer Einkommensüberschreitung keinen Anspruch auf Wohngeld hatten, müssen ihren Anspruch auf Wohngeld mit einem neuen Antrag geltend machen. Das Antragsformular ist im Bürgeramt der Stadtverwaltung Eberswalde erhältlich oder kann unter www.eberswalde.de heruntergeladen werden. Weitere Fragen beantworten die Mitarbeiter des Bürgeramts persönlich oder telefonisch unter 03334/64153.

Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur fordert:

Verkehrsberuhigung in der Potsdamer Allee

Der Bürgermeister soll beauftragt werden, so heißt es in einer Beschlußvorlage der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur zur aktuellen Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung (StVV), »alles Erforderliche zu unternehmen, um den Verkehr in der Potsdamer Allee zwischen Frankfurter Allee und Finsterwalder Straße nachhaltig zu beruhigen. Zu diesem Zweck soll er sich auch mit der unteren Straßenverkehrsbehörde ins Benehmen setzen.« Die Fraktion griff damit eine Initiative der sachkundigen Einwohnerin Peggy Siegemund aus der Novembersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt auf (BBP 11/2019).

Auf der Westseite der Potsdamer Allee befindet sich im »Barnim-Park« der größte Spielplatz des Brandenburgischen Viertels, heißt es in der Sachverhaltsdarstellung. In Spitzenzeiten im Sommer spielen dort gleichzeitig bis zu 100 oder mehr Kinder. Auf der Ostseite der Potsdamer Allee wohnen viele Migrantenfamilien, oft mit vielen Kindern. Die Kinder spielen in den Sommermonaten bis zum Dunkelwerden vor den Häusern und natürlich auch zwischen den vor den Häusern geparkten Autos. Sie laufen über die Straße auf den Spielplatz oder fahren mit ihren Rädern hin und her, kommen zwischen den geparkten Autos hervor und spielen mitunter direkt auf der Straße.

Auch der Kleinkinderspielplatz liegt direkt neben der Potsdamer Allee und die Eltern haben alle Mühe aufzupassen, daß ihre Kinder nicht auf die Straße laufen. Immer wieder kommt es hier zu Unfällen.

Auch wenn sich die Autofahrer an die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit halten, ist es ihnen aufgrund der unübersichtlichen Situation kaum möglich, bei Tempo 30 rechtzeitig zu bremsen, falls plötzlich Kinder zwischen den Autos hervorrennen. Laut den Müttern, die mit ihren Kindern den Spielplatz nutzen, kommt es etwa in drei bis fünf Fällen im Jahr zu Kollisionen von Kindern mit fahrenden Autos, mit zum Teil sogar tödlichem Ausgang.

Zur Verkehrsberuhigung schlägt die Fraktion insbesondere vor, den Straßenabschnitt als Verkehrsberuhigten Bereich zu kennzeichnen. Alternativ dazu könne auch die zulässige Geschwindigkeit auf 10 km/h reduziert werden. Um höhere Geschwindigkeiten zu verhindern, sollen geeignete bauliche Maßnahmen realisiert werden. Der Kleinkinderspielplatz an der Potsdamer Allee soll durch einen Zaun zur Straße hin gesichert werden.

»Die Potsdamer Allee ist zumindest im Sommer auf der Höhe des Spielplatzes faktisch eine Fußgängerzone. Wenn wir diese Tatsache weiterhin ignorieren, riskieren wir auch in Zukunft viele verletzte und auch tote Kinder«, sagt Peggy Siegemund, die mit ihren Kindern den Spielplatz sehr oft nutzt. »Daher sollte diese Gefahrenzone umgehend entschärft werden, um den Kindern im Umfeld der Potsdamer Allee ein sicheres Spielen zu ermöglichen.« Der Fraktionsvorsitzende Mirko Wolfram ergänzt: »Sofern im Zuge der Bearbeitung weitere Möglichkeiten erschlossen werden, die skizzierten Ziele der Verkehrsberuhigung in diesem Abschnitt der Potsdamer Allee zu erreichen, sollten diese wahrgenommen werden.«

Lehmofenbau im Gaia-Garten

Weitere Mitmachworkshops gibt es am Wochenende vor Weihnachten, vom 20. bis 22. Dezember. Wer möchte, kann gerne vorbeikommen. Treffpunkt ist der Weg zwischen Eichwerder Straße 69 und 70, wir sind dann meistens ganz hinten links.

Einiges haben wir bisher schon geschafft. Das Gelände beräumt, den Zufahrtsweg provisorisch hergerichtet, baufälliges Mauerwerk abgetragen, Material beschafft und Lagerplätze hergerichtet, Fundamente betoniert und erste Mauern aufgesetzt. Wir haben ein provisorisches Dach gebaut, Kartoffeln geerntet und viele andere Kleinigkeiten erledigt.

Inzwischen lassen sich die Dimensionen unseres Lehmofens bereits erkennen. Dort wollen wir, solange es das vorweihnachtlich milde Wetter zuläßt, weitermachen. Die begonnene 1. Schale des Backraums aus Schamottsteinen wollen wir weiterführen und um eine 2. und 3. Schale aus Lehmziegelsteinen ergänzen. Die 4. Schale wird dann aus Strohlehm gefertigt. Dann stehen Ofenfront und Seitenverblenden auf dem Programm sowie das Graben



Foto: GLENN ROSSOW

der Schornsteinfundamentgrube. Auch am Kompost-Trockenklo und an den Öfen der Garten-Bauwagen wollen wir weiterbauen

Als Verpflegung gibt es Kürbissuppe aus eigener Ernte am Lagerfeuer mit Glühwein. Anmeldung per eMail bei creativtausch@web.de.

GLENN ROSSOW

Fernwärme und Umweltschutz Siedlerwünsche

von Bernd Pomraenke

Der Versorger EWE betreibt als Monopolist in Eberswalde vier Netze zur Verteilung der Fernwärme für die Verbraucher, die meist Mieter in Plattenbauten sind. Vermieter sind die stadteneigene Tochter WHG mit dem Bürgermeister Friedhelm Boginski als Geschäftsführer, weiterhin die AWO und die WBG 1893.

Kürzlich konnte man in der lokalen Tageszeitung lesen, daß EWE das Heizkraftwerk in Finow-Ost erneuert, »um eine effizientere Strom- und Wärmeversorgung im Stadtteil Finow zu erreichen« (MOZ, 5.11.2019). Das wird mit der Kraft- Wärme- Kopplung realisiert. Ein an einen gasbetriebenen Motor gekoppelter Generator produziert Strom, die dabei entstehende Wärme wird ausgekoppelt und »über das bestehende Fernwärmenetz« zu den angeschlossenen Wohnblöcken übertragen. EWE modernisiert die Erzeugung von Strom und Wärme im Heizhaus und verbessert so die eigene Effizienz.

Wie sieht aber das »bestehende Fernwärmenetz« aus, kann hier alles beim Alten bleiben? Ein neues Netz mit optimal kalkulierter Wärmemenge wird mit einem Wirkungsgrad von ca. 0,9 angegeben, es entsteht also eine Abwärme von 10 %, die das Erdreich und damit die Umwelt heizt. Wir können davon ausgehen, daß diese Werte auch erreicht waren, als das Finower Fernwärmenetz neu war. Das war vor 50 Jahren. Inzwischen erhielten die meisten Häuser eine Wärmedämmung, neue Fenster usw., so daß nur noch die Hälfte der damaligen Wärmemenge benötigt wird. Allein dadurch verringert sich der Wirkungsgrad auf 0,8. Denn die zu übertragende Vorlauftemperatur bleibt gleich, auch die Wassermenge in den nun viel zu dicken Rohren, sowie die Fließgeschwindigkeit – und damit auch die Verluste (setzt man voraus, daß die Isolation der Rohre in den 50 Jahren nicht gelitten hat).

Moderne Fernwärmenetze haben schon seit längerem zusätzlich zu den beiden normalen Rohren für den Vor- und Rücklauf ein zweites wesentlich dünneres Vorlaufrohr, das der Bereitstellung von Warmwasser (WW) in der Nichtheizzeit, also in den Sommermonaten dient. Fehlt dieses zusätzliche Vorlaufrohr, muß auch die geringe Wärmemenge für das Warmwasser durch das überdimensionierte Netz übertragen werden. Damit verschlechtert sich der Wirkungsgrad bezogen auf den Jahresdurchschnitt nochmals beträchtlich. Wegen der Gefahr des Wachstums von Legionellen muß auch in den Sommermonaten eine hohe Vorlauftemperatur erzeugt und übertragen werden, um in den Wohnblöcken die geforderte Rücklauftemperatur von mindestens 55 Grad Celsius gewährleisten zu können. Das bedingt eine Vorlauftemperatur von 60 Grad.

Die Nachteile der zentralen Versorgung mit Warmwasser (WW) sollen an einem Beispiel mit Daten aus einer Betriebskostenabrechnung von 2018 für die Ringstr. 79-90 gezeigt werden.

Fernwärmeverbrauch: 507,92 MWh, davon sind 27,86 % für die WW-Bereitung von 1305

m³ übertragen worden, also ca. 142 MWh. Tatsächlich physikalisch benötigt wird eine Wärmemenge von $Q = 1305 \text{ m}^3 \times (60-10)^\circ\text{C} / 860 = 76 \text{ MWh}$. Daraus ergibt sich also für die zentrale WW-Bereitung nur ein Wirkungsgrad von 0,53. Entsprechend schlecht ist damit natürlich auch der Wirkungsgrad im FW-Netz im Sommer, wenn nur ca. 28 % Wärme übertragen werden muß, von der die Mieter nur 53 % nutzen können.

Das ist schlecht für den Geldbeutel der Mieter und auch für die Umwelt, was gerade jetzt in der Zeit des Klimawandels zu beachten ist.

Bei einer dezentralen WW-Bereitung mit einem Durchlauferhitzer in der Wohnung müßte nur die Wärmemenge erzeugt werden, die auch verbraucht wird. Auch die Abwärme bei der Übertragung zu den HA-Stationen in den Wohnblöcken und in den Häusern selbst entfällt. Eine solche dezentrale WW-Erzeugung gibt es übrigens, z.B. im Kopernikusring 1-9, Eberswalder Str. 90-102, Ringstr. 111-130 u.a.

Das Interesse von EWE an einer Modernisierung des veralteten Netzes hält sich natürlich in engen Grenzen, weil ja auch die Abwärme Umsatz und damit letztendlich Gewinn bedeutet. Zu bezahlen von den Mietern!

Auch die Vermieter interessiert das wenig, obwohl sie dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit verpflichtet sind. Sie reichen die Kosten einfach an ihre Mieter weiter.

Aus der Erkenntnis der Vorteile einer dezentralen WW-Bereitung direkt in der Wohnung und den Nachteilen der zentralen WW-Bereitung mittels Fernwärme bleibt nur der Schluß, die WW-Bereitung auf dezentral umzurüsten. Damit würde sich auch das leidige Legionellen-Problem erledigen. Verbraucherschutz und der Bund der Energieverbraucher verweisen immer wieder auf die marktbeherrschende Stellung der Versorger als Monopolisten in ihrem Versorgungsbereich hin und stellen besonders die Mieter als »gefangene Kunden« dar, die ja eigentlich gar keine Kunden sind, zwar als Verbraucher das Ganze bezahlen müssen, sonst aber völlig rechtlos sind.

Es muß endlich Schluß gemacht werden mit dieser Entrechtung mündiger Bürger, deswegen muß die Politik aufgefordert werden zu handeln, daß entsprechende Gesetze beschlossen werden.

Man könnte und müßte natürlich auch direkt vor Ort handeln, so man denn gewillt ist, was ich hiermit einfordern will. Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft sind dazu im Sinne einer gesunden Umwelt und einer lebenswerten Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder verpflichtet!

Am 14. November trafen sich etwa 25 Einwohner der Clara-Zetkin-Siedlung zu einer Bürgerversammlung. Wichtigster Beratungspunkt war die Errichtung eines Bürgerhauses für die Siedlung.

Dieses Bürgerhaus sollte nach Auffassung der Einwohner eine Kita, einen Saal, Räumlichkeiten für eine Verkaufseinrichtung, eine Arztstation, einen Jugendclub, einen Geldautomaten und Räumlichkeiten für Sportgruppen enthalten. Eltern verlangen einen bezahlbaren Raum für einen Kleinkindertreff, den die Eltern in Eigenregie organisieren wollen.

Wo kann das Bürgerhaus errichtet werden? Dafür gab es zunächst verschiedene Vorschläge, die diskutiert wurden:

- Standort Freiwillige Feuerwehr – einhellig abgelehnt, weil zu großer Aufwand und zu wenig Platz;
- Standort alter Kindergarten – zu klein, kein Platz für einen Spielplatz, Beeinträchtigung der Nachbarschaft;
- Standort Aue – die meisten Bürger möchten die Aue nicht bebauen, sondern so erhalten, wie sie ist;
- Standort Jugenddorf – das Areal gehört allerdings nicht der Stadt;
- Standort Sportlerheim am Sportplatz – der Sportverein würde das Areal gern abgeben, das alte Gebäude könnte abgerissen und durch ein neues ersetzt werden.

Als weitere Wünsche wurden geäußert: Ein Bäckerwagen mit günstigeren Öffnungszeiten als bisher; Arztstation, 2x wöchentlich; Geldautomat; bessere Busverbindung nach Eberswalde – zurzeit zu umständlich und lange Fahrzeit (Vorschlag: Pendelverkehr Siedlung – Kleiner Stern, somit Anschluß an Obus); weitere Radwege: Siedlung – Lichterfelde und Siedlung Finowfurt; kostenlose Laubsäcke und Abfuhr für Laub der Straßenbäume.

Zum Graben hinter dem Ligusterweg wurde angemahnt, daß der Aushub nach der erfolgten Bäumung auch zu beseitigen und der Weg zu mähen sei. Die Anwohner bezahlen schließlich dafür.

Zur Straße Zum Oder-Havel-Kanal gab es Kritik, weil bei Regen oft große und tiefe Pfützen entstehen. Die Straßen müßten eingeebnet und Sickermöglichkeiten geschaffen werden, auch für Wasser, das von Karlshöhe herunterläuft. Ein Hemmnis für eine Lösung sind unterschiedliche Zuständigkeiten für die Haupt- und Nebenstraßen. Schließlich wurde noch gefordert, vom Sportplatz bis zur Beethovenstraße eine Straßenbeleuchtung zu schaffen.

OSKAR DIETTERLE

250 Tonnen Salz gebunkert

Eberswalde (bbp). Der Winter kann kommen, so die Mitteilung des städtischen Bauhofs. In den Lagern am Wurzelberg liegen 205 Tonnen Streusalz, 45 Tonnen Salz für Soleanlagen, 15 Tonnen Kies und 0,4 Tonnen Granulat.

Der Eberswalder Haushaltsplan für die Jahre 2020 und 2021 sieht vor, das bisherige Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus ab 1. Januar 2020 aufzusplitten und zwei verschiedenen Dezernatsbereichen zu unterstellen (BBP 11/2019). Der größere Teil des bisherigen Amtes wechselt als Amt für Stadtmarketing und Tourismus mit künftig 18 Stellen in den Dezernatsbereich des Bürgermeisters. Neben dem Amtsleiter sind das 16 Stellen im Sachgebiet Tourismus und Familiengarten, davon vier in Teilzeit, und eine Vollzeitstelle für das Stadtmarketing, die kürzlich neu durch eine ehemalige CDU-Stadtverordnete besetzt wurde.

Die Stelle gehörte im bisherigen Amt zu den drei Sachbearbeiterstellen für Wirtschaftsförderung. Eine zweite Stelle wird künftig dem Sachgebiet Tourismus und Familiengarten zugeordnet, während eine Stelle im Referat für Wirtschaftsförderung verbleibt. Dem Referat wird als Ersatz eine Stelle aus dem Referat für soziale Teilhabe und Integration zugeordnet, weil dort offensichtlich nicht mehr soviel Arbeit für die Integration anfällt und die Stelle offenbar ohnehin nicht mehr besetzt ist. Eine Begründung, warum die Aufgaben Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus aufgeteilt und in verschiedenen Dezernatsbereichen angesiedelt werden, gab es nicht. Gemunkelt wird, daß es hier weniger um Zweckmäßigkeit oder gar Effektivität geht, als vielmehr um persönliche Befindlichkeiten zwischen dem Dezernenten und dem neuen Amtsleiter.

Militarismuskarikatur

Zum sogenannten »Volkstrauertag« – früher »Heldengedenktag« – marschierten am 17. November mehrere Uniformierte im Eberswalder Waldfriedhof an der Freienwalder Straße auf. Am Hochkreuz der Kriegsgräberstätte legten sie zusammen mit dem Barnimer Landrat DANIEL KURTH und dem Eberswalder Sozialdezernenten Prof. Dr. JAN KÖNIG (Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI ließ sich entschuldigen) opulente Kränze nieder, um damit – wie sie verlautbarten – den »Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft« zu gedenken, selbstverständlich ohne dabei die Ursache von Kriegen auch nur im entferntesten zu streifen.

Inzwischen dient der »Volkstrauertag« zunehmend auch der Glorifizierung der in den diversen Auslands-Kriegseinsätzen gefallenen Bundeswehrsoldaten. Um dem militaristischen Spuk durch einen martialischen Effekt zu verstärken, wurden zwei strammstehende Ex-Soldaten mit Stahlhelmen auf dem Kopf neben dem Hochkreuz aufgestellt. Leider blieb vom martialischen Eindruck wenig übrig, wenn man die Gestalten etwas näher betrachtete. Denn die Bundeswehrveteranen standen nicht nur stramm, sondern sie hatten ihre wohlbeliebten Körper auch in ziemlich stramm sitzende Uniformmäntel gezwängt...

G.M.

Absurditäten in der Eberswalder Haushaltsdiskussion: Größenwahn im Stellenplan

Hatte der Ex-Dezernent doch recht?



Es ist die Aufgabe des Bürgermeisters, solche Probleme zu lösen. Mit der Umstrukturierung hat er das getan. Allerdings ging er hier wohl den Weg des geringsten Widerstands, was weder besonders intelligent erscheint und schon gar nicht den Gesamtinteressen der Stadt entsprechen muß. So bleibt vor allem unverständlich, wieso der Produktbereich Wirtschaft und Tourismus zersplittert wurde und dem Sozialdezernenten die Wirtschaftsförderung im Miniformat quasi als Hobbyraum gegönnt wird.

Verständnislos zeigten sich auch verschiedene Fraktionen in der aktuellen Haushaltsdiskussion. Sie reagierten mit Änderungsanträgen. Heftige Kritik übte der Stadtverordnete Uwe Grohs (CDU), der von einem schlechten Zeichen an »die Wirtschaft« sprach, die doch nicht zuletzt über die Gewerbesteuer – deren Senkung vor einem Jahr mehrheitlich abgelehnt wurde – in nicht geringem Maße zur Finanzierung des städtischen Haushaltes beitrage. Die CDU-Fraktion beantragte eine zusätzliche Stelle im Referat, um die Auswirkungen gering zu halten und »der Wirtschaft« ein Zeichen zu geben. Parallel dazu sieht es die Fraktion SPD/BFE als notwendig an, das Stadtmarketing mit 2 zusätzlichen Stellen zu verstärken.

Aus einer Verwaltungseinheit mit 3 Stellen werden somit zwei Verwaltungseinheiten mit 2 x 3 Stellen. Die Teilung führt zur Verdoppelung. Eine Logik, die wohl nur innerhalb von Bürokratien funktioniert.

Man schaffe durch Teilung zwei Bereiche, die für sich gesehen mangels Personal als nicht arbeitsfähig erscheinen und schon befindet man sich in der Zone des »Sachzwangs«. Um die Arbeitsfähigkeit wiederherzustellen, geht es nunmal leider nicht anders, als daß zusätzliches Personal eingestellt wird.

Eigentlich wären die Strukturen bloß wieder zusammenzufassen. Erkennen die beiden Frak-

tionen das nicht oder machen sie vielleicht das Spielchen sogar bewußt mit?

Nimmt man die Vorwürfe des einstigen Verwaltungsdezernenten BELLAY GATZLAFF für bare Münze, wonach Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI seinem Nachfolger nichts von den angesammelten Haushaltsrücklagen überlassen wolle, würden die aktuellen Vorgänge durchaus ins Schema passen.

Nach den zu erwartenden finanziellen Belastungen durch die Finowkanalübernahme kommt nun die Erhöhung des Eigenverbrauchs zum Tragen. Da sind zum einen die 12,5 zusätzlichen Stellen in der Kernverwaltung trotz defizitärer Haushaltsplanung. Aber der Bürgermeister hat damit bloß die »Büchse der Pandora« geöffnet. Die sich auftuende Chance nutzten mehrere Fraktionen, um zusätzliche Personalstellen zu beantragen – bislang insgesamt sechs. Die Vorschläge fanden bisher in den Ausschüssen immer Mehrheiten. In Summe wird die Stadtverwaltung demnach (ohne die notwendigen Erweiterungen bei den Kitaerziehern) ab kommenden Jahr zusätzlich über 18,5 Vollzeitpersonalstellen verfügen können.

Als zusätzliche Absurdität muß registriert werden, daß der Sozialdezernent ein Wirtschaftsförder-Referat anleitet, dessen beide Stellen gar nicht besetzt sind. Wie Prof. Dr. Jan König im November den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen erzählte, mache er derzeit die Arbeit des Referates alleine und nebenbei zu seinen eigentlichen Aufgaben als Dezernent.

Ein solcher Einsatz ist bemerkenswert. Immerhin spart er damit Personalkosten, für die 2020 gut 183.000 Euro eingeplant sind. Wenn in dem Referat nun noch eine dritte unbesetzte Stelle geschaffen wird, fällt der Einspareffekt noch höher aus.

Wenn der Sozialdezernent die Arbeit nebenbei schafft, könnte man freilich auch auf den Gedanken kommen, daß die Stellen in diesem Referat eigentlich überflüssig sind. Im Zweifelsfall könnten die Aufgaben an die Sachbearbeiterin für Stadtmarketing abgegeben werden – vor allem, wenn ihr Sachgebiet entsprechend dem SPD/BFE-Vorschlag zum parallelen Wirtschaftsförderreferat erweitert wird.

Der Bürgermeister hat laut Kommunalverfassung das alleinige Recht, die Einzelheiten der »Aufbau- Ablauforganisation der Gemeindeverwaltung und die Geschäftsverteilung« zu regeln. Bedauerlich ist bloß, wenn dabei nur Unsinn herauskommt.

GERD MARKMANN

PISA-Studie informationslos

Anfang Dezember gab es in den Qualitätsmedien der BRD wieder mal einen Aufschrei, als das Ergebnis der jüngsten PISA-Studie veröffentlicht wurde.

PISA bezeichnet die offizielle Schulleistungsuntersuchung der OECD-Länder. Dabei werden die schulischen Leistungen in den Fächern Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften gemessen und verglichen. Die BRD erreichte bei diesen Vergleichen keinen Rang in der Spitze, was zu sinnlosen Kommentaren in den Medien führte. Bekanntermaßen ist das Bildungssystem in der BRD mangelhaft, das weiß jeder auch ohne PISA-Studie.

Allerdings verschweigen die Medien regelmäßig Einzelheiten zu Datenerhebung und Auswertungsmethode. PISA beruht auf Stichproben. Diese Stichproben werden jedoch in den beteiligten Ländern nach verschiedenen Standards erhoben. Allein deshalb ist ein Vergleich nicht sinnvoll.

Hinzu kommt: In asiatischen Ländern, die regelmäßig Spitzenpositionen einnehmen, sind etwa 80 % der ausgewählten Schüler an den Testaufgaben beteiligt, während es in der BRD 95 % sind. Hier könnten also Schulschwänzen

oder das krankheitsbedingte Fehlen von leistungsschwachen Schülern die Ursache von Unterschieden sein.

Verschwiegen wird auch die Rolle von Schülern mit Migrationshintergrund. In Kanada sind Migrationsschüler aufgrund der selektiven Einwanderungspolitik der dortigen Regierung im Durchschnitt leistungstärker als BRD-Migrationsschüler. Diese sind oft noch mit dem Erlernen der deutschen Sprache befaßt und zeigen deshalb auch in anderen Fächern schlechtere Leistungen, was die Rangfolge in der PISA-Studie negativ beeinflusst.

Schließlich gibt es noch das Problem mit der Auswertung. Viele Länder liegen bei der Auswertung sehr dicht beieinander. Die letztliche Reihenfolge ist ein zufälliger Effekt, weil die Daten aus Stichproben entstammen. Nur geringfügig andere Werte aus den zufälligen Proben, könnten diese Reihenfolge der dicht benachbarten Ländern verändern.

Zusammengefaßt: Ohne genaue Kenntniss der Zusammenhänge sind die Mitteilung und die Diskussion über die PISA-Studie in der BRD informationslos.

Dr. ULRICH POFAHL

Wahlversprechen auf dem Prüfstand

10-Minuten-Takt für S-Bahn ist nicht sicher – RE3 ab 2026 im 30-Minuten-Takt

BVB/Freie Wähler hatte schon während des Wahlkampfs darauf hingewiesen, daß die Versprechen von SPD und Linken in Bernau bezüglich der Einführung des 10-Minuten-Taktes mit Vorsicht zu genießen sind. Gut erinnern wir uns noch an die Aussage der Linken, der 10-Minuten-Takt sei ab Ende 2022 möglich. Die SPD wiederum erklärte, daß ihr das Ministerium die Realisierung mündlich zugesagt habe.

Durch die Antwort der Landesregierung* auf die vom Landtagsabgeordneten Péter Vida eingereichte parlamentarische Anfrage stellt sich heraus: Nichts von alledem stimmt.

So teilt das mittlerweile nicht mehr von einer SPD-Ministerin geführte Infrastrukturministerium mit, daß ein 10-Minuten-Takt ab Dezember 2022 »weder vorgesehen noch realisierbar« sei. Desweiteren räumt das Ministerium sogar ein, daß »gegenwärtig ... noch keine Aussagen zu konkreten Kosten oder Zeitrahmen getroffen werden« können. Die von der SPD vor der Wahl immer wieder breit öffentlichkeitswirksam kolportierte Aufnahme des 10-Minuten-Taktes der S2 in den Projektplan »i2030« be-

traf nämlich – wie sich aus der Antwort der Landesregierung ergibt – nicht die Einführung des 10-Minuten-Taktes, sondern dessen Untersuchung. Das ist ein gravierender Unterschied, zumal selbst für die Voruntersuchung noch kein konkreter Zeitplan besteht. Seit Jahren haben SPD und Linke ständig die Einführung des 10-Minuten-Taktes versprochen und damit kokettiert, daß sie das als Regierungspartei positiv beeinflussen könnten bzw. über entsprechende Informationen verfügten. Alles heiße Luft, wie sich nun detailliert zeigt.

Ein kleines Trostpflaster bringt die Anfrage zumindest doch: Die Kapazität der RB24 soll durch längere Züge ab Ende 2022 um mehr als 60 % erhöht werden. Zudem soll auf der Strecke Berlin-Bernau-Eberswalde-Angermünde (RE3) doppelt so oft gefahren und ein 30-Minuten-Takt eingerichtet werden. Allerdings erst ab 2026. Wir werden versuchen, dies zu beschleunigen. Zudem werden wir weiterhin für den 10-Minuten-Takt der S2 bis Bernau kämpfen. Die Prüfungen, Planungen und notwendigen Baumaßnahmen müssen endlich beginnen. Dafür werden wir im Landtag Druck machen, hartnäckig sein und hierüber wahrheitsgetreu informieren.

PÉTER VIDA

* Bemerkung: an der neuen Brandenburgischen Landesregierung ist Die Linke nicht mehr beteiligt (bbp)

Frauen machen Politik

Auch 100 Jahre nach Einführung des Wahlrechts für Frauen sind von den Gewählten in den kommunalen Vertretungen nur 25 Prozent Frauen. Bund und Land kommen auf etwa 30 Prozent gewählte Frauen. »Für eine repräsentative Demokratie ist das zu wenig«, erklärt die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Barnim Dr. SYLVIA SETZKORN. Zusammen mit dem FRAUENNETZWERK BARNIM hatte sie deshalb politisch aktive und engagierte Frauen am 9. Dezember ins Eberswalder Paul-Wunderlich-Haus zum POLITISCHEN FRAUENSALON eingeladen, um sich in lockerer Gesprächsrunde über Erfahrungen und Strategien in der Politik auszutauschen. Ziel war, Frauen in der Politik zu stärken und neue Netzwerke aufzubauen. »Die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen. Wenn wir die paritätische Besetzung der Gremien wollen, müssen mehr Frauen in der Politik aktiv werden«, so die Gleichstellungsbeauftragte weiter. »Wir wollen die Frauen ermuntern, mitzumachen. Nur zusammen können wir etwas verändern.«

DUNJA SCHWARZ-FINK

Zwangswaise in Botschaft

Menschen in die Botschaften ihrer Verfolgerländer zu bringen ist traumatisierend und setzt Familienmitglieder und Freunde einer hohen Gefahr aus.

Am 10. Oktober wurden in einer koordinierten Aktion Geflüchtete aus verschiedenen Orten in Brandenburg von der Polizei abgeholt und zwangsweise in die Botschaft des Tschad nach Berlin gebracht. Dabei drangen auch in Wandlitz neun Polizeibeamte in die dortige Flüchtlingsunterkunft ein, um einen Geflüchteten mitzunehmen. Die Botschaft sollte bestätigen, daß die Betroffenen Staatsbürger des Tschad sind und somit in den Tschad abgeschoben werden können.

Im Tschad, einem der ärmsten Länder der Welt, herrscht ein diktatorisches Regime. Der Präsident IDRISSE DÉBY ist seit 29 Jahren an der Macht. Laut AMNESTY INTERNATIONAL kommt es dort zu massiven Menschenrechtsverletzungen – willkürliche Festnahmen, keine Presse- und Demonstrationsfreiheit, Folter. Im Länderbericht »Freedom in the World 2017« der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation Freedom House gehört das politische System des Landes zu den weltweit repressivsten.

»Menschen in eine solch brutale Diktatur abzuschleppen gefährdet das Leben der Betroffenen«, so THOMAS JANOSCHKA von der Initiative Barnim für alle. »Durch die Botschaftszuführungen geraten aber auch Familienangehörige, Befreundete, Mitstreiterinnen und Mitstreiter sowie Bekannte leicht in das Fadenkreuz des Regimes. Deshalb gehen viele Geflüchtete nicht freiwillig in die Botschaft.« Durch die Zwangsvorführung fühlen sich die Betroffenen dem Verfolgerregime erneut ausgeliefert, dies führt nicht selten zu (Re-)Traumatisierung.

Initiative »Barnim für alle« 9

20 Jahre Archiv der RLS

Zum 20-jährigen Jubiläum des »Archiv Demokratischer Sozialismus« der Rosa Luxemburg Stiftung ist mit »Ohne Gedächtnis keine Zukunft. Oder: Archive brauchen Gegenwart. Eine Bilanz zu 20 Jahren 'Archiv Demokratischer Sozialismus'« eine Publikation erschienen mit Beiträgen von Sahra Wagenknecht, Gregor Gysi, Dagmar Enkelmann und 28 weiteren Autoren. Details und Download via www.rosalux.de/publikation/id/41364/.

KARL DIETZ

Gewaltfreie Kommunikation V

Kommunikation kann nur dann gelingen, wenn die Gesprächspartner einander *hören und verstehen*. Das hört sich einfacher an, als es ist. Sie haben sicherlich schon oft die Erfahrung gemacht, daß der Gesprächspartner etwas völlig anderes versteht, als wir es gemeint haben – und anders herum gilt das natürlich auch. Damit beim Gesprächspartner das Gesagte auch so ankommt, wie Sie es meinen, ist es hilfreich, sich der folgenden vier Elemente zu bedienen: *Beobachtung, Gefühl, Bedürfnis und Bitte*.

Beobachtung: Sie erreichen, daß andere Ihnen zuhören, indem Sie zunächst nur die reinen Fakten benennen, ohne gleich fertige Interpretationen der Fakten abzuliefern. Denn: der Gesprächspartner wird mit Abwehr reagieren, wenn er negativ ausgelegte Interpretationen aus Ihren Beobachtungen heraushört. Beschreiben Sie also kommentarlos, so wie eine Kamera oder ein Mikrofon es machen. Ein Beispiel: *»Ich habe gesehen, daß...«* ist eine Beobachtung. Wenn Sie jedoch formulieren: *»Das sieht doch jeder, daß...«* ist dies eine Interpretation. Jede moralische Bewertung wie: *»Sie haben mich im Stich gelassen«* oder eine Analyse wie: *»Das hätte ich mir gleich denken können, daß...«* bringen uns dem Ziel einer fairen Klärung des Konflikts nicht näher.

Gefühle statt Gedanken ausdrücken: Die Forschung zeigt, daß, egal was wir entscheiden, unsere Gefühle immer mit dabei sind, entweder bewußt oder unbewußt. Somit ist es unmöglich, etwas *»rein sachlich«* zu klären. Gefühle signalisieren uns, daß wir etwas brauchen. In einer Konfliktklärung beeinflussen unsere Gefühle den Gesprächsverlauf. Daher ist diese Information für den Gesprächspartner äußerst wichtig. Bitte achten Sie darauf, Gefühle nicht mit Urteilen zu vermischen, z.B. *»Ich fühle mich von dir ausgenutzt«*.

Bedürfnisse statt Strategien äußern: Die Erfüllung unserer Bedürfnisse ist unser ständiges Bestreben. Somit sind unsere Handlungen ein Versuch, unser Leben und das der anderen Menschen schöner zu gestalten. Das Aussprechen von Bedürfnissen fördert die Kooperationsbereitschaft des Gegenübers. Bedürfnisse sind mit unseren momentanen Gefühlen verknüpft und sie sind ergebnisfrei, d.h. sie können mit mehreren Strategien erfüllt werden. Weiterhin sind Bedürfnisse immer positiv formuliert. Wenn Sie gleichzeitig mehrere Bedürfnisse wahrnehmen, dann empfiehlt es sich, das Bedürfnis mit der höchsten Priorität zu benennen. Eine *nachhaltige Lösung erfüllt die Bedürfnisse aller Seiten*.

Bitten statt fordern: Das Ziel ist eine Beziehung auf Augenhöhe. Augenhöhe bedeutet, daß die Bedürfnisse aller Konfliktparteien gleichwertig sind, unabhängig von der Hierarchiestufe. Die Erfüllung Ihrer Bitten wird umso größer, wenn die Vertrauensbasis gesichert ist. Sie erkennen dies daran, daß Sie Bitten nur aus einem Grund erfüllt haben wollen: freiwillig.

FALK HINNEBERG (www.hinneberg.info)

Klima – vom Notstand zum Paket

Die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) hatte Anfang Oktober angeregt, den *»Klimanotstand«* in Eberswalde auszurufen. Am 28. November zog das EU-Parlament nach. Den PR-Wert der Initiative hatten schnell auch andere Fraktionen erkannt, die sich bemühten, schnell noch auf den Zug aufzuspringen. Nach SPD/BFE und Bündnis 90/Die Grünen wollte auch DIE LINKE als Miteinreicherin fungieren. Die Initiatoren freuten sich über diese Unterstützung und gingen schließlich darauf ein, den Antrag zunächst zurückzuziehen, um dann für die StVV-sitzung im Dezember mit einer gemeinsamen Beschlußvorlage zu glänzen. Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, zu der jede Fraktion einen Vertreter entsandete. Die inoffizielle Federführung übernahm KAREN OEHLER von B90/Die Grünen.

Für den Beobachter interessant ist insbesondere, was sich gegenüber der Ursprungsvorlage der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur geändert hat.

So wurde die deklamatorische Ausrufung des Klimanotstandes ersetzt durch die weichere Formulierung, daß die StVV *»das Eberswalder Klimapaket«* beschließt.

War ursprünglich von der *»Eindämmung der gemeinhin als 'Klimakrise' bezeichneten Veränderungen in der Umwelt und ihrer schwerwiegenden Folgen auf kommunaler Ebene als Aufgabe von höchster Priorität«* die Rede, so fielen zum einen das *»gemeinhin«* und die *»schwerwiegenden Folgen auf kommunaler Ebene«* weg, zum anderen wurde die Priorität auf eine *»hohe«* heruntergestuft. Nunmehr sollen nicht mehr Klimawandelfolgen, die auf kommunaler Ebene wirksam werden, eingedämmt werden, sondern die Eindämmung der *»Klimakrise«* wird zur *»Aufgabe ... auf kommunaler Ebene«*. Eine Verkehrung des ursprünglichen Sinns.

Die allgemeine Formulierung, *»...berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen«* wurde reduziert auf Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Hauptausschusses. Untergeordnete Entscheidungen auf Stadtverwaltungsebene bleiben also unberührt. Dafür wurden Aufgaben formuliert, für deren Umsetzung eine neue Stelle in der Stadtverwaltung erforderlich ist. Zumindest die Baudezernentin äußerte sich sehr zufrieden.

Die Formulierung, wonach die Stadt Eberswalde künftig Lösungen bevorzugt, *»die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken«* wurde verkürzt auf Lösungen, *»die sich positiv oder neutral auf das Klima auswirken«*. Der Schutz der Arten und der Umwelt fiel weg, dafür werden *»neutrale«* Wirkungen als Ziel aufgenommen. Als Ersatz wurden eine Reihe von untergeordneten Einzelheiten eingefügt, die bestenfalls für den bürokratischen Verfahrensablauf von Bedeutung sind.

Die ursprüngliche Forderung, das 2013 beschlossene Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept bis Mitte 2020 an die neuen Erfordernisse anzupassen – was als interne Verwaltungsaufgabe gedacht war, mutierte in die Forderung nach einer völligen Neubearbeitung durch ein externes Büro ab 2021, was zunächst heißt: Bis 2021 passiert erstmal gar nichts.

Von den *»Schwerpunkten«* im ursprünglichen Beschlußvorschlag, die als Vorlage für ein Leitbild im Umgang mit dem *»Klimanotstand«* hätten dienen können, blieben lediglich Versatzstücke. So wurde aus der *»Umstellung der Wärmeversorgung ... auf klimaneutrale Energiequellen sowie insbesondere die Wärmedämmung...«* das aussagearme Stichwort *»die Wärmeversorgung«*. Unter den Tisch fiel dabei auch der Hinweis auf die besondere Verantwortung der stadt eigenen WHG und der Vorschlag, mit den anderen dem Gemeinnutz verpflichteten Wohnungsgesellschaften zu kooperieren.

Weg fielen die *»Förderung des ÖPNV (Obus statt Diesel, Oberleitung statt Batterie)«,* Forderungen nach Verkürzung der Taktzeiten, Verlängerung der Fahrzeiten und dem Ausbau des Oberleitungsnetzes, für den *»ggf. auch eigene Ressourcen«* verwendet werden sollten.

Weg fielen auch die formulierten *»Prioritäten der künftigen Verkehrsentwicklung«* in Eberswalde: 1. Verkehrsvermeidung, 2. ÖPNV vor individuellem Verkehr, 3. Förderung des Rad- und Fußverkehrs, 4. Förderung eines durchgängigen Verkehrsflusses durch *»grüne Wellen«,* der *»Verzicht auf künstliche Engstellen und die Reduzierung von Ampeln«* sowie die überaus wichtige Korrektur der *»Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre«*.

Auch von einer *»allgemeinen Priorität«* für ein *»Grünes Eberswalde«* (Erhalt innerstädtischer Grünflächen, Dach- und Fassadenbegrünungen, *»Grünkorridore«* als Beitrag zum Artenschutz u.a.) ist nicht mehr die Rede.

Der ursprüngliche Text der Sachverhaltsdarstellung verschwand völlig im Orkus der Überarbeiter und wurde durch eine eher nichtssagende Begründung ersetzt, die im wesentlichen nur den Beschlußtext in anderen Worten wiederholt, ohne tatsächlich die Sachverhalte zu erklären oder die aufgemachten Forderungen zu begründen.

Immerhin: Die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur kann sich auf die Schulter klopfen, daß sie die anderen Fraktionen ins Laufen brachte. Inzwischen läuft sogar die CDU-Fraktion mit, die für den künftigen Haushalt 30.000 Euro für die Erarbeitung von *»Städtebaulichen Klimaschutzzrichtlinien«* beantragte. Ob die Läufer das avisierte Ziel erreichen werden, bleibt unklar, wie das Ziel. Nur eines scheint sicher, nämlich daß die städtischen Finanzausgaben steigen und so letztlich mehr Geld in den Wirtschaftskreislauf fließt. Das ist ja immerhin auch was.

GERD MARKMANN

Der Mensch und sein Wohnumfeld (VII)

Die Bedeutung der Kommunikation

Die Kommunikation heißt: »...daß Menschen direkt oder indirekt, in erster Linie jedoch direkt, miteinander in Verbindung treten, miteinander sprechen, Informationen austauschen, Freundschaften pflegen, sich aushelfen oder miteinander im Streit liegen«. Auch ein Streit wird so oft Anfang der Kommunikation. In diesem Sinne soll Kommunikation vor allem die »Überwindung sozialer Distanz« leisten.

Hauptursachen sozialer Distanz sind die Trennung von Arbeit und Wohnen, Arbeitsplatz und Wohnplatz, Produktion und Reproduktion, von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen.

Hinzu kommt Isolierung am Arbeitsplatz durch Arbeitsteilung in hochtechnisierter Produktion (in extremer Form: Fließbandarbeit) und die Entfremdung durch Fremdbestimmung der Arbeit. Fehlende Beteiligung an den Arbeitsprozessen führt zu fehlender Auseinandersetzung der Arbeitenden mit dem Arbeitsprozeß und Arbeitsgegenstand. Auch die Isolierung der Kleinfamilie mit nur wenigen Sozialpartnern, ihrem Funktionsverlust im Produktionsbereich, in der Sozialisation kann zur Abnahme emotionaler Stabilität führen. Das wird durch die Isolierung in kleinen Wohnungen gefördert, die keinen Raum für Sozialkontakte – außer fest eingepflanzten, ritualisierten Zusammenkünften – bieten.

Die funktionale Dezentralisierung führt zur Isolierung im Wohnbereich, zur Trennung von Wohnen, Arbeiten, Kultur und Verwaltung in der Stadt mit allen daraus entstehenden Verkehrsproblemen, zur Trennung und damit Isolierung der Generationen, besonders der alten Menschen, die nicht in gesellschaftlichen Aufgaben integriert sind und durch einen hohen Funktionsverlust definiert sind (»Grüne Witwen«). Dem folgt die Isolierung auch in der Freizeit, deren Funktion durch die Erwerbsarbeit bestimmt ist und vor allem der Regeneration der Arbeitskraft dient, die in der Regel

ebenfalls durch Konsumnormen »fremdbestimmt« ist. Untersuchungen in Neubauvierteln zeigen eine gewisse Unverbindlichkeit der Nachbarschaftsbeziehungen, eine sachliche, keine emotionale Orientierung, starke Privatisierung, Rückzug in die eigene Wohnung, außerhäusliche Aktivitäten weniger im unmittelbaren Wohnumfeld, stärker im innerstädtischen Bereich, reduzierte Möglichkeiten, Kommunikationsbedürfnisse zu befriedigen, fehlende Verbundenheit mit der Wohnumwelt, ein Gefühl der Entfremdung.

Dabei wird sogar die Privatheit gefährdet, wenn im Wohnbereich öffentliche Einrichtungen zur Kommunikation fehlen. Denn die Dichte des nachbarlichen Zusammenlebens führt zu Zwangskontakten. Das Fehlen einer neutralisierenden Öffentlichkeit als Voraussetzung für Privatheit treibt die Bewohner verstärkt in die Isolation. Diese von vielen Soziologen ermittelten und begründeten Isolierungstendenzen fordern eine Berücksichtigung von Kommunikationsangeboten zur Überwindung sozialer Distanzen. Die ist vor allem darum wichtig, weil ein bürgerschaftliches Engagement, ein politisch verantwortliches Denken und Handeln nur durch Kommunikation verwirklicht werden kann.

Dies führt uns letztlich auf die gesellschaftspolitische Ebene. Diesem Aspekt widmen wir uns in der nächsten Folge, die unseren Diskurs zum Thema »Der Mensch und sein Wohnumfeld« abschließen wird.

KLAUS MEIßNER

Auf dem Weg zur Klimademo



Am 29. November zogen zur Mittagszeit etwa 30 Anhänger der FRIDAYS FOR FUTURE in Bernau zum Bahnhofsplatz, um vor ihrer Demonstration mit der Bahn nach Eberswalde ein kurzes Meeting abzuhalten. Unter anderem verlas Steffi einen Aufruf an die Teilnehmer. Regiona-

le Infos gab es zuvor via www.klima-streik.org und www.parentsforfuture.de/de. PARENTS FOR FUTURE bieten übrigens aktuell online einen »klimatechnisch sauberen« Adventskalender an (parentsforfuture.de/de/adventskalender).

Text und Foto: THOMAS TOBLER

Windräder abgeregelt

Meßwertüberschreitung nachgewiesen

Die Kritik und Hartnäckigkeit von BVB/Freie Wähler war berechtigt. Entgegen allen Beschwichtigungen mußte das Landesamt für Umwelt einräumen, daß die Immissionsbelastungen von elf (!) bei Bernau-Nibelungen stehenden Windräder die Grenzwerte überschreiten.

Damit steht fest, was lange geleugnet wurde: Aufgrund der dichten Bebauung in der Nähe von Wohnsiedlungen kommt es zu gesundheitsgefährdenden Lärmbelastungen. Die von uns immer und immer wieder geforderten Messungen bestätigen, daß die Sorgen der Bürger begründet waren. Das Landesamt für Umwelt teilt mit, daß nunmehr eine Drosselung in den Nachtstunden erfolgen würde.

Wir fordern darüber hinaus eine sofortige Messung aller in der Nähe von Bernauer Wohnsiedlungen errichteten Anlagen. Es besteht eine hinreichende Sorge auf eine Gesundheitsgefährdung der Anwohner, sodaß ein weiteres Vertrösten unzumutbar ist. Als übergeordnetes, landespolitisches Ziel braucht es mehr denn je die Festlegung einer verbindlichen Abstandsregelung zur Wohnbebauung, und zwar in 10facher Höhe der Anlage.

PÉTER VIDA

Jeder Beitrag hilft!

WHG spendet für Hospiz Eberswalde. Die Spende soll auch in diesem Jahr wieder unsere Unterstützung und unsere Hilfe sein, für diesen Ort in unserer Stadt, in dem mit so viel menschlicher Wärme und persönlicher Zuwendung unheilbar Erkrankte betreut und behütet sind.

DOREEN BODEN, WHG Eberswalde

Klimastreik in Biesenthal

Die Klimakatastrophe zerstört unsere Lebensgrundlagen und es gibt weiterhin keine ernsthaften Versuche gegenzusteuern. Deswegen fand am 29. November ein weiterer globaler Klimastreik statt.

Auch in Biesenthal wurde an diesem Tag gestreikt. Zunächst gab es am Biesenthaler Bahnhof eine Klimastreik-Kundgebung. Die Teilnehmer konnten anschließend mit dem Bus (Schienenersatzverkehr) nach Eberswalde fahren, um sich dort der Demonstration anzuschließen.

Wirksamer Klimaschutz braucht eine wirkliche Verkehrswende, weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu einer umweltfreundlichen Mobilität, die sich auf eine gut ausgebaute Fahrradinfrastruktur und einen dicht getakteten öffentlichen Nahverkehr stützt.

Für Biesenthal fordern wir konkret: Tempo 30 in der ganzen Stadt; eine Stadtbuslinie zum Bahnhof; Halt des RE3 in Biesenthal; halbstündiger Takt des RE3 und der RB24; sichere Radwege in Biesenthal und in die umliegenden Orte: nach Lanke, Grüntal, Finow, Prenden, Marienwerder und über Melchow nach Eberswalde.

Klimastreikgruppe Biesenthal

Vor 60 Jahren starb Kurt Göhre:

Eberswalder Bürgermeister in schwerer Zeit

Im Sommer hatten wir an dieser Stelle an den vergessenen KPD-Chef Arthur Ewert erinnert, der vor 60 Jahren in Eberswalde starb (BBP 8 und 9/2019). Im gleichen Jahr 1959 vollendete sich auch der Lebensweg einer anderen bedeutenden Persönlichkeit, die heute zu Unrecht weitgehend vergessen ist. Ein Mensch, der zu seinen Lebzeiten Vieles für seine Heimatstadt Eberswalde geleistet hat. Von 1945 bis 1949 war er Oberbürgermeister der Stadt Eberswalde und von 1950 bis 1955 Dekan der Forstwirtschaftlichen Fakultät Eberswalde – Kurt Göhre. Er starb am 26. März 1959 in Eberswalde. Sein Grab befindet sich auf dem Eberswalder Waldfriedhof.

KURT GÖHRE kam am 14. März 1891 in Crossen an der Elster (Kreis Zeitz) als dritter Sohn eines Strommeisters zur Welt. Die Grundschule besuchte er in Crossen, dann das Gymnasium in Zeitz, wo er 1911 das Abitur ablegte. Danach studierte er bis 1914 in Göttingen Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Philosophie. 1914 promovierte er als Botaniker zum Dr. phil. und legte die Staatsprüfung für die Lehrbefähigung an höheren Schulen ab.

Der schnelle Abschluß des Studiums war sehr wahrscheinlich dem 1914 ausgebrochenen 1. Weltkrieg geschuldet. Kurt Göhre diente in Feld-, Kriegs- und Seuchenlazaretten in Polen und 1918 im Heereswetterdienst bei der Feldwetterwarte in Bukarest (Rumänien).

Nach dem 1. Weltkrieg schloß er zunächst seine pädagogische Ausbildung ab. Nach der Assessorenprüfung erhielt er 1919 eine Anstellung an der Oberrealschule in Eberswalde (heute Oberschule Mitte), an der er 26 Jahre als Lehrer tätig war. Im Schuldienst war er neben der Tätigkeit als Lehrer mit der Ausbildung von Referendaren in naturwissenschaftlichen Fächern betraut, insbesondere in Physik und Chemie. Nach dem Krieg gründete Kurt Göhre auch eine Familie. Er heiratete die aus Gera stammende Helene Winkler. Der einzige Sohn, Joachim, wurde am 26.2.1922 geboren.

Als Lehrer fühlte sich der junge Vater offensichtlich nicht ausgelastet. Also schrieb er sich 1923 als Gasthörer an der Forstlichen Hochschule ein und belegte das Fach Forstliche Meteorologie bei Professor Johannes Schubert. Daneben beschäftigte er sich im Laboratorium für Bodenchemie und im Institut für Holzforschung. Auch politisch engagierte sich der junge Kurt Göhre. Von 1920 bis 1927 war er Mitglied der Demokratischen Partei. 1925 trat er der Freimaurerloge »Friedrich Wilhelm zu den drei Hammern« in Eberswalde bei und trat ab 1928 als Redner für die Ziele der Loge ein: Nächstenliebe, Toleranz und Wohltätigkeit. Diese Tätigkeit endete, als die Freimaurer 1933 von den Nazis verboten wurden.

Das läßt eine Distanz zum deutschen Faschismus vermuten, die sich zumindest darin ausdrückte, daß er als Oberrealschullehrer nicht der NSDAP beitrug. Dennoch opferte er dem Faschismus sein ein und alles – den einzigen Sohn Joachim, der am 22. April 1944 im Alter von 22 Jahren als Flieger in Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion sein Leben verlor. Kurz vor Toresschluß wurde Kurt Göhre als inzwischen 54jähriger noch selbst eingezogen. Mit dem Volkssturm sollte er als letztes Aufgebot den Vormarsch der Roten Armee bremsen.



In Eberswalde beteiligte sich der Volkssturm an keinen Kampfhandlungen. Wer konnte, ging bei erster Gelegenheit nach Hause. Das bewahrte ihn vor Kriegsgefangenschaft. Nach Kriegsende stellte sich Kurt Göhre sofort dem Wiederaufbau in der Stadt zur Verfügung. Nach den Erfahrungen, die er mit dem Faschismus gemacht hatte, wollte er beim Aufbau einer neuen Gesellschaft helfen und trat der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bei. Noch im Mai 1945 wurde er als Bezirksbürgermeister im Ortsteil St. Georg (heute Nordend/Leibnizviertel) eingesetzt. Dem folgte die Tätigkeit als Leiter des städtischen Kulturamtes, während der das städtische Orchester unter Leitung von Max Reichelt gegründet und eine Volksbücherei mit 35.000 Bänden eingerichtet wurde.

Im August 1945 wurde er Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Zu seinen Aufgabenbereichen gehörte nun unter anderem die Versorgung der Eberswalder Bevölkerung. Als er das Amt übernahm, waren die Speicher der Stadt leer. Es gab keine einzige Kartoffel und keinen einzigen Sack Getreide. Innerhalb weniger Wochen gelang es Kurt Göhre, die Getreideversorgung bis zur nächsten Ernte und die Kartoffelversorgung bis zum Frühjahr 1946 zu sichern. Dafür organisierte er Versorgungsfahrten bis in den Kreis Prenzlau. Große Hilfe bekam er dafür von der Stadtparteiorganisation der KPD, die ihre Mitglieder für die Aktionen mobilisierte sowie von der Stadtkommandantur, deren Offiziere die Lebensmitteltransporte begleiteten.

Parallel bemühte sich Kurt Göhre, das Ausmaß der beginnenden Demontage der Rüstungsbetriebe, deren Inventar als Wiedergut-

machung und Reparatur in die Sowjetunion verbracht werden sollte, möglichst zu reduzieren, um die Produktionsmöglichkeiten zu erhalten und zugleich die hohe Arbeitslosigkeit mindern zu können. Ein wichtiges Arbeitsgebiet war die Instandsetzung der Wohnungen, waren doch 30 Prozent des Wohnungsbestandes in den letzten Kriegstagen vernichtet worden sowie die Inangsetzung der Schulen und Krankenhäuser. Auch der Bau einer Brücke über den Finowkanal fiel in seinen Aufgabenbereich.

Ab Dezember 1945 übernahm Kurt Göhre dann auf Geheiß der sowjetischen Militärkommandantur die Aufgaben des Oberbürgermeisters. Nach der Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 15. September 1946, zu der Kurt Göhre als Spitzenkandidat auf der Liste der SED kandidierte, wurde er von der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung im Amt des Oberbürgermeisters bestätigt. Allrecht Milnik (1992) schreibt dazu: »Kurt Göhre hat sich den schier unüberwindlichen Schwierigkeiten rüchhaltlos gestellt. Mit seinen ausgeprägten organisatorischen Fähigkeiten, seiner ausgleichenden und maßvollen Beurteilung jeder Situation und seinem unerhörten Fleiß hat er die elementaren Aufgaben gemeistert.«

Die große Aufgabenlast als Oberbürgermeister in einer überaus schwierigen Zeit hielt ihn nicht davon ab, sich nebenbei seiner eigentlichen Berufung als Pädagoge zuzuwenden. Er wurde Professor im Institut für physikalische Holztechnologie der Forstwirtschaftlichen Fakultät Eberswalde und übernahm am 30.9.1947 den Lehrauftrag für Klimatologie. Bei Milnik liest sich das so: »So befriedigend die Tätigkeit als Eberswalder Oberbürgermeister in den schweren Nachkriegsjahren für ihn auch gewesen sein mag, so ist auch verständlich, daß eine Verwaltungsarbeit einen Menschen vom Format eines Kurt Göhre mit seinen geistigen und wissenschaftlichen Interessen auf die Dauer nicht ausgefüllt hat. Der Mangel an Lehrkräften an der Forstwirtschaftlichen Fakultät kam einem Wechsel der Tätigkeit sehr entgegen.«

Als Oberbürgermeister war er bis Ende 1949 tätig. Ab 1950 widmete er sich – nun bereits 59jährig – in Vollzeit seinem neuen Wirkungsbereich als Professor mit Lehrstuhl für mechanische Holztechnologie und Direktor des Institutes für physikalische Holztechnologie der Lehr- und Forschungstätigkeit an der Fakultät.

Obwohl er kein Forstmann war, wurde Kurt Göhre bereits im Frühjahr 1950 zum Dekan der Forstwirtschaftlichen Fakultät gewählt. Aber er war ja der Fakultät bereits seit den 20er Jah-

ren verbunden und hatte seine engen Kontakte nie aufgegeben. Nach Jahrzehnten pädagogischer Tätigkeit verfügte er über eine außerordentliche Menschenkenntnis. Dies und seine umfangreiche naturwissenschaftliche und philosophische Bildung sowie seine Korrektheit verliehen ihm eine hohe natürliche Autorität, die durch die »gütige Nachsicht« gegenüber seinen Studenten noch gestärkt wurde.

Von den einst 12 Hochschulinstituten waren 1949 erst fünf wieder arbeitsfähig. Die meisten Lehrstühle waren noch unbesetzt. Die Sammlungen, Arbeitsräume und wissenschaftlichen Geräte waren erst zum kleinen Teil wieder hergestellt. Unter Leitung von Kurt Göhre gelang es in der jungen DDR binnen weniger Jahre, den Lehrkörper soweit zu komplettieren, daß ab 1952 der gesamte Vorlesungsbetrieb einschließlich des Grundstudiums wieder in Eberswalde stattfinden konnte.

1955 konnte Kurt Göhre anlässlich der 125-Jahr-Feier der Eberswalder Fakultät berichten, daß alle zwölf Institute wieder arbeitsfähig waren. Zur Fakultät gehörten 9 Professoren, 19 Dozenten und Lehrbeauftragte, 41 Assistenten, 162 Angestellte und 16 Lehrlinge. 232 Studenten waren immatrikuliert.

Nach knapp 6jähriger Amtszeit gab Kurt Göhre das Dekanat im Sommer 1955 ab. In Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste um den Aufbau der Fakultät und seiner vorbildlichen Leistungen für Lehre und Forschung verlieh ihm die Fakultät die Würde eines Ehrendoktors Dr. rer. silv. h.c.

Ein Eingehen auf die umfangreiche Forschungsarbeit von Kurt Göhre, die er neben seiner Tätigkeit als Dekan und Hochschullehrer leistete, würde den zur Verfügung stehenden Platz für diesen Beitrag sprengen. Daher verweisen wir hier auf die Veröffentlichungen von Dr. Albrecht Milnik, der auch ausführlich über Göhres Buchveröffentlichungen von 1952 bis 1958 informiert.

Kurz nach Vollendung seines 68. Lebensjahres wurde Kurt Göhre am 26. März 1959 – vor 60 Jahren – aus dem Leben gerissen. In Eberswalde-Westend trägt eine kleine Straße seinen Namen. Davon abgesehen ist sein Wirken und sein Name heute weitgehend in Vergessenheit geraten.

GERD MARKMANN

Quellen:

Dieter Kempfert, Ludwig Arendt und Helmut Knop: Vom schweren Anfang – für die sozialistische Gegenwart und Zukunft, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED, Eberswalde 1976

Albrecht Milnik: Professor Dr. Dr. h.c. Kurt Göhre zum Gedenken, in: Heimatkalender für den Kreis Eberswalde 1992, Stadtverwaltung Eberswalde-Finow 1992

Albrecht Milnik: Kurt Göhre, in: Im Dienst am Wald. Lebenswege und Leistungen brandenburgischer Forstleute, Hrsg. Albrecht Milnik in Verbindung mit der Brandenburgischen Kommission e.V., Verlag Kessel Remagen 2006

Wege ins Leben von Irmgard O.

Irmgard wurde 1934 als drittes von fünf Kindern geboren. Sie besuchte die Schule bis zum 14. Lebensjahr. Schon während der Schulzeit verdiente sie sich etwas als Kindermädchen dazu. Später war sie im wiederaufgebauten Betonwerk dann als Mischerfahrer im Transport und danach als Former und Abzieher tätig.

Die Jugend war aufgerufen, in Fürstenberg, wo dann das Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) entstand, eine neue Stadt aufzubauen. Sie kam aus der gesamten Republik.

Mit Werkzeugen wie Hacke, Säge und Beil liefen sie bis zu 18 km zum Einsatz. Der Wald wurde ohne jegliche Technik gerodet. Die Bäume wurden in 1,50 Meter Höhe abgesägt, der obere Teil entästet und dann als Querstange mit dem unteren Teil und der Wurzel durch Seil oder Strick verbunden. So wurde Baum für Baum mit der Wurzel aus der Erde gedreht. In der Regel waren 5 bis 8 junge Leute an dem unteren Teil beschäftigt, bis es aus der Erde gedreht wurde. Es gab ja keine andere Technik. Auf den Jugendbaustellen nach dem Krieg mußte man sich so behelfen.

Jeden Tag wurde neu eingeteilt, wer was macht. Als Roder, als Maurer, im Transport oder Eisenbieger – überall wurden fleißige und einsatzbereite Jugendliche gebraucht. Das EKO wurde zum größten metallverarbeitenden

Betrieb der DDR, wo 1984 auch das Konverterstahlwerk als modernster Betrieb in Europa in Betrieb genommen wurde.

Irmgard arbeitete im 4-Schicht-System, was ihr alles abverlangte. Später pflegte sie die Grünanlagen im EKO und in der Stadt.

Im Jahr 1956 heiratete Irmgard und bekam in den Folgejahren 3 Kinder, 12 Enkel und einen Urenkel. Sie konnte nie lange zu Hause bleiben. Trotz einer schweren Nierenkrankheit ging sie bald wieder arbeiten, wofür sie sich immer verpflichtet fühlte. Sie war immer einsatzbereit und an dem Platz, wo sie gebraucht wurde. Später war Irmgard in der Verladung tätig, sie fuhr die gesamte Post aus und verteilte sie.

Treu ergeben und pflichtbewußt hat Irmgard immer für den Staat und für unsere DDR gearbeitet und in diesem Sinne auch ihre Kinder erzogen und versorgt.

Es liegt daher also nahe, daß so eine Mutter nicht nur zum Internationalen Frauentag geehrt und gewürdigt wird, sondern auch zu anderen Anlässen.

Ich wünsche hiermit Irmgard alles Gute und beste Gesundheit. Mit ihren 85 Jahren und den Kindern, Enkeln und dem Urenkel hat Irmgard immer gewußt, wie und was alles geschaffen werden konnte.

NORBERT GLASKE

Tiere haben es manchmal besser!

Schon mal die eigene Mutter beim Sterben begleitet? Ist nicht angenehm! Eins wurde mir sehr deutlich. Es ist nicht nur für die Sterbende eine Qual.

Helfen! Hilfe bekommen. Aber wie? Womit? Lösungen gäbe es. Dazu darf man aber nicht in der vom Christentum beherrschten Bundesrepublik Deutschland wohnen.

Seit Tagen entzieht sich meine Mutter der Nahrungsaufnahme, der Flüssigkeitsaufnahme, aller Medikamente. Die Patientenverfügung macht es möglich. Es ist der einzige legale Weg in Deutschland.

Jedem Tier kann man diese Qualen ersparen. Wie würdevoll. Sicher, ein Geschäft mit dem Sterbeakt. Die Schuld liegt einzig bei politischen Entscheidern, die sich anmaßen, über das Leben anderer zu bestimmen.

Die Würde des sterbenden Menschen bleibt unbeachtet. Es herrscht Unrecht per Gesetzgebung. Ich wünschte, ich könnte euch Trottel beim Aufstieg in den Himmel oder eurem Abgang in die Hölle mit der Realität vertraut machen, die mit beidem nichts zu tun hat.

Ihr echten Sch... , laßt euch von den »Römem« besudeln. Mich schmerzt, wie mit den Gefühlen nicht nur der betroffenen Angehörigen umgegangen wird. Das Krankenhauspersonal, es leidet jedesmal mit. Für ein Frühchen, das kaum Chancen zum Weiterleben hat, da wird alles Geld der Welt ausgegeben.

Die gegenwärtige Gesetzgebung ist so grausam und widersprüchlich, wenn es um Sterbehilfe und Frühgeburten geht.

THOMAS GÄDICKE,
Eberswalde im Dezember 2019

Kindernachsorgeklinik in Bernau gefährdet

Bernau (bbp). Die Kindernachsorgeklinik Berlin-Brandenburg in Bernau soll geschlossen werden. Auch der avisierte Umzug nach Strausberg soll nicht stattfinden. Damit viele diese wichtige gemeinnützige Rehabilitationsklinik für herz- und krebskranke Kinder weg, 40 hochqualifizierte Mitarbeiter verlören ihre Arbeitsstelle. Die Schwächung des Gesundheitsstandorts Bernau und Brandenburg wäre gravierend. Berichten zufolge sollen vor allem die Mietkosten ausschlaggebend gewesen sein.

PÉTER VIDA hat zu diesem Thema im Landtag eine mündliche Anfrage zur dringlichen Beantwortung durch die Landesregierung eingereicht. Er fragt, welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, »durch unterstützende Maßnahmen den Erhalt der Kindernachsorgeklinik zu ermöglichen«. Er hoffe, so Vida weiter, »daß eine kurzfristige Überbrückungshilfe durch das Gesundheitsministerium möglich ist, um zum einen den Gesundheitsstandort zu stärken und zum anderen die Arbeitsplätze zu erhalten«.

Zum Schlößchen Schwalbennest

Zum Schlößchen Schwalbennest ging es per Schiff über das Schwarze Meer. Das Schlößchen war hoch oben auf einem Felsen gebaut, an dem es klebte wie ein Schwalbennest an einer Mauer. Hier oben in luftiger Höhe hatte Maxim Gorki, der russische Schriftsteller, einige Monate gelebt, um seine Tuberkulose auszukurieren, wurde uns gesagt. Wir freuten uns auf diesen Ausflug. Wir warteten an der Schiffsanlegestelle. Erst mußte ein Schiff ankommen von der Rückfahrt, denn wir waren die zweite Reisegruppe an diesem Tag. Das vollbesetzte Schiff legte am Pier an und die wartenden Reisegäste versperrten sozusagen den Ausstieg, der auch Einstieg sein sollte. Von hinten drängelte es sogar, während noch Touristen ausstiegen. Nun sollte es losgehen. Wir wurden abgezählt: soviel Köpfe, soviel Fahrkarten. Vor mir stand eine graublondede Dame in den Fünfzigern mit Handtasche und Fotoapparat. Plötzlich bekam ich einen Schubs von hinten und prallte unweigerlich an diese Frau. Plötzlich war sie weg und Wasser spritzte auf. Sie tauchte wieder auf zwischen Kaimauer und Schiff, die Brille saß noch auf der Nase. Vier oder sechs kräftige Männerarme reichten ihr die Hände...

Nachdem wir das kleine Schlößchen hoch oben auf dem Felsen besichtigt hatten und über das bewegte Schwarze Meer wieder in den Hafen von Jalta einliefen, herrschte dort eine vorbildliche Ordnung. Die Fahrgäste der dritten Tour waren mit einem Seil zurückgehalten und zum Aussteigen war viel Platz. Ein hölzerner Steg wurde vom Schiff auf das Hafenspflaster gelegt, so daß wir sicheren Fußes an Land gehen konnten. Jetzt war aus der Fahrlässigkeit plötzlich die BASSOW-Methode geworden. Das heißt, alle Arbeitsbedingungen waren so gestaltet, daß ein Unfall ausgeschlossen werden konnte. Bassow war ein sowjetischer Ingenieur in einem Großbetrieb, der jeden Morgen durch seine Abteilung ging, um Unfallquellen wegräumen zu lassen. Seine Abteilung arbeitete jahrzehntelang unfallfrei. So können wir doch immer wieder von den Russen lernen!

Weinprobe in Massandra

Massandra liegt in der Nähe von Jalta, aber in einer höheren Lage. Dort wird Wein angebaut und verarbeitet. In Massandra wird der herrliche rote Krimsekt hergestellt. Der Wein lagert in großen hölzernen Eichenfässern, um zu reifen. Wir probten mehrere Weißweine und Rotweine in dem großen, höhlenförmig in den Berg gebauten Weinlager. Auch eine Art von Tokayer, der den würzigen herben Holzgeschmack neben der Süße angenommen hatte. Der Krimsekt sollte der Höhepunkt am Ende sein. Aber Sekt ist Geschmackssache...

In dem sehr großen Hotelrestaurant wurde das Frühstück eingenommen. Wenn wir morgens eintraten, waren die Tische bereits gedeckt und die Serviererinnen warteten mit den heißen Getränken, Kaffee (Kava) oder Tee

Reise auf die Krim (3):

Krimsekt und Knoblauch

von Dr. Waltraud Voigt

Urlaub in der Kurstadt Jalta – an jedem Tag wurde uns etwas Neues geboten, bis hin zur Hochkultur mit dem Kammerorchester des Moskauer Bolschoitheaters.

(Tschai) oder Milch (Moloko) für die Kinder. Es waren nicht viele Kinder dabei. Eines Morgens traten wir zum Frühstück ein, aber ein streng aromatischer Duft schlug uns entgegen: Knoblauch, das Nationalgewürz der Russen. Auf jedem Tisch stand eine riesige Schüssel mit Quark und obendrauf waren fein geschnittene Knoblauchstückchen gestreut. Aus dieser Schüssel konnten sich alle am Tisch Sitzenden bedienen und das waren in der Regel sechs Personen. Ich versuchte nur, immer unter dem Knoblauch hindurchzukommen, um nicht den ganzen Tag mit der Knoblauchfahne herumzulaufen. Es war ein Eindruck fürs Leben!

Serenade und Abschiedsessen

An einem der letzten Abende fand ein Konzert statt. Das Kammerorchester des Bolschoi Theaters Moskau gastierte mit einem Serenadenkonzert und der Eintrittspreis war erschwinglich. So bequem kam man nicht wieder zu so einem Kunstgenuß. Wir brauchten nur mit dem Fahrstuhl zum Festsaal in den zehnten Stock hinaufzufahren. Wir setzten uns auf die mit dunkelblauem Samt bezogenen Polstersessel und erlebten ein wunderbares Konzert. Die Streicher spielten natürlich fehlerfrei und wohltemperiert. Erinnerunglich ist mir die Mozartsche Nachtmusik und das herzerreißende Ave Maria von Franz Schubert. Reichlich Applaus belohnte die Musiker. Mit dem Stück »Schlafe mein Prinzchen, schlaf ein!« verabschiedeten sich die Musiker. Jeder der Streicher hatte an seinem Notenpult eine Kerze angezündet. Dann ging das Oberlicht im Saal aus, die Stimmung war sehr ruhig und sensibel. Bei jeder neuen Liedzeile wurde eine Kerze auf der Bühne gelöscht bis zum letzten Geigenstrich. Da war es völlig dunkel. Man konnte es nicht sehen, aber spüren, wie die Tränen über die Gesichter liefen. Meine liefen auch, denn unsere Prinzenkinder waren weit entfernt von uns. Es war ein unvergeßliches Konzert.

Am vorletzten Abend waren wir zu einem Sieben-Gänge-Menue geladen. Voller Erwartung machten wir uns fein und setzten uns gespannt im Speisesaal auf unsere Plätze. Es spielte sogar eine kleine Kapelle. Um neunzehn Uhr sollte es losgehen, aber es dauerte noch ein wenig. Dann kam ein Aperitif für jeden. Das war schon einmal nicht schlecht. Gefolgt von einem belegten Schnittchen mit Anchovis. Auch gut. Dann das Hauptgericht mit Schweinebraten und Gemüse und als Nachspeise Fruchtquark. Ein Glas Krimwein, ein Stück Konfekt und ein schönes Glas Wasser rundeten den Abend ab. Plötzlich hörte die Kapelle auf, zu spielen, es war einundzwanzig Uhr. Verwundert schauten wir Irina, unsere

nette Reiseleiterin, an. »Nun ist Ende« sagte sie und verabschiedete sich. Haben Sie mitgezählt? Es waren genau sieben Gänge. Angeheitert und nicht übermäßig satt begaben wir uns diszipliniert auf unsere Zimmer. Alles hat seine Grenzen, auch die Gastfreundschaft.

Letzter Tag und Nachgedanken

Am letzten Tag konnten wir uns die Zeit einteilen, Koffer packen, auf der Promenade spazieren gehen, Schwimmen im Hotel oder tun, was wir wollten.

Nach Sewastopol durfte niemand fahren, denn es war Militärsperregebiet. Heute kann man sehen, daß dort ein im Berg gelegener U-Boot-Hafen war und Militärmarinegebiet, das heute sogar besichtigt werden kann. Außerdem hat die Jugend die Uferzone für Diskotheken erobert. Die jungen wilden Russen tummeln sich dort. McDonald und Mövenpick wechseln sich mit anderen Bars ab. Wie es mit Drogen ist, kann man nur ahnen. Auch nach Bachtchissarai, ein im Inselinneren gelegener, kulturvoller, dem Türkischen angelehnter Ort, durfte niemand fahren. Die Bewohner (Krimtataren) sollen nicht staatsreu gesonnen gewesen sein und schon revoltiert haben.

Erwähnen möchte ich noch das Pionierlager ARTEK am Schwarzen Meer, das es bis heute auf der Krim gibt. Damals konnten besonders fleißige und engagierte sowjetische Jungpioniere sich in den Sommerferien dort erholen. Das Lagerleben war streng organisiert mit Fahnenappell morgens und Leben in Gruppen, Mädchen und Jungen getrennt, fast militärisch. Jedoch war es eine Auszeichnung für diese Kinder, nach ARTEK fahren zu dürfen. In einer TV-Sendung sah ich jetzt, daß die Zustände sich gelockert haben, manche Kinder waren auch dort, weil die Eltern die Reise bezahlen konnten. Trotzdem sind die Jugendlichen noch immer stolz, in ARTEK zu sein.

Die Krim gehörte zur Ukraine, was damals kaum von Bedeutung war. Heute sind sich Rußland und die Ukraine gar nicht grün. Am 27. April 2010 wurde in Kiew, der ukrainischen Hauptstadt, im Parlament ein Flotten- und Gasabkommen ratifiziert. Am gleichen Tag billigte die russische Duma, das Unterhaus, das gleiche Abkommen. Hierin wurde vereinbart, daß die Ukraine bis zu 40 Milliarden Dollar Gasrabatte bekommt. Im Gegenzug wurde der russischen Schwarzmeerflotte die Nutzung des Kriegshafens Sewastopol an der Ostküste der Krim bis maximal zum Jahre 2047 versprochen. In der Ukraine gab es starke Kräfte, die das rückgängig machen wollten...

(Dieser Beitrag wurde im Jahr 2010 geschrieben und spiegelt nicht den aktuellen Stand wider)

Kirchplatz Senftenhütte:

Gemeinsame Heckenpflanzung

Etwa 15 Einwohnerinnen und Einwohner waren am 23. November dem Aufruf ihres Ortsbeirates zum »Subbotnik« gefolgt, um den Kirchplatz von Senftenhütte mit insgesamt 140 Heckenpflanzen zu umsäumen.



Die Wahl fiel dabei auf Schlehe, Weiß- und Feuerdorn, Alpenjohannisbeere, Liguster sowie Hecken- und Kartoffelrose, allesamt einheimische, anspruchslose und schnittverträgliche Pflanzen, die aber auch für Insekten und Vögel einen ökologischen Wert versprechen. Mithilfe des professionellen »Pflanzfuchses« (motorisierter Erdbohrer) und vollem körperlichen Einsatz war die Arbeit überraschenderweise am frühen Vormittag geschafft. In einigen so geschaffenen Pflanzlöchern konnten die Kinder sogar Zeugnisse aus Zeiten der örtlichen Glashütte von vor beinahe 300 Jahren finden. Vor der neu eingedeckten Senftenhütter Kirche

wird bald auch die Dreieckstafel mit interessanten, durch eine örtliche Arbeitsgruppe zusammengestellten Informationen ihren Platz finden sowie auch eine Sitzecke. Möge die Hecke das schöne Kirchenensemble harmonisch ergänzen und den dort pausierenden Gästen und Einwohnern zukünftig bei ihrer Rast zu Gefallen sein! An dieser Stelle gilt allen Helferinnen und Helfern, ohne deren zahlreichen Einsatz an diesem kalten Spätherbsttag die Arbeit nicht so gut hätte vollbracht werden können, ein herzliches Dankeschön!

Dr. NICO CONRAD
für den Ortsbeirat Senftenhütte

Kneipen-Kultur-Abend

Alle zwei Wochen Dienstags ab sieben. Lesungen, Filme, Songs zu einem Thema.

Jüngst ging es um »Wir und Die« – Lieder und Texte über das Zusammenleben von »Eberswaldern« und »Studenten« und überhaupt in Eberswalde.

Viele Ex-Studentinnen und -Studenten haben sich in Eberswalde und Umgebung niedergelassen und was angefangen. Am 10. Dezember stellten einige sich und ihre Betriebe vor und boten ihre Produkte zur Verkostung an. Bei Schnaps, Bier, Wurst und Käse trafen sich Wir und Die, Jene und Solche, bis es dann auch egal war. Wie es halt so ist in der Kneipe...

Wozu ist die Kneipe da? Natürlich zum Rumsitzen, Trinken und Musikhören. Aber die echte, gute, die Kneipe deines Vertrauens ist mehr: Treffpunkt bekannter Gesichter und vertraute Umgebung, in der sich welche begegnen, die sich sonst nicht begegnen. Austausch hat hier eine tiefere Bedeutung, nicht nur Bier rein und Dünger wieder raus – Ideen, Meinungen, Lieder und mehr werden ausgetauscht und verwandelt.

Nur hier wird die Frage »Was willst du trinken?« befriedigend beantwortet. Wohlig-vertraut auf ein Nicken hin das Übliche, oder extravagante Geschmackserlebnisse auf Empfehlung des Hauses.

JOHANNES PETRASCHKE

Buchtipp:

»Die roten Matrosen...

...oder Ein vergessener Winter«

Wer sich gerne mehr mit der gescheiterten Revolution 1918 / 1919 befassen möchte, dem sei wärmstens Klaus Kordon »Die roten Matrosen oder Ein vergessener Winter.« ans Herz gelegt. Als Jugendbuch konzipiert, schildert das Buch auch für Erwachsene spannend und lehrreich Sieg und Niederlage der Revolution. Eine ganze Mietskaserne im Wedding wird lebendig, mit ihren Sorgen und Nöten, aber auch mit ihrem Hoffen, ihrem Zusammenhalt.

Anne Linsel, Die Zeit, schreibt: »Dieser Roman, eine besondere Art der Geschichtsschreibung von unten, ist ein Glücksfall: Kordon verkündet keine Thesen, sondern beschreibt Menschen, ihre Gedanken und Gefühle, witzig, nachdenklich, einfach, aber nicht vereinfachend.« Klare Empfehlung: Lesen!

ANDREA HONSBERG

Klaus Kordon: Die roten Matrosen; 1984; ISBN 978-3-407-78883-2.

Eine wissenschaftlich-historische Darstellung gibt es aktuell mit dem Buch von Klaus Gietinger »Blaue Jungs mit Roten Fahnen. Die Volksmarine-division 1918/19«, erschienen im Unrast-Verlag 2019, ISBN 978-3-89771-263-8 (bbp).

Wandertips

von BERND MÜLLER

15. Weihnachtswanderung

Donnerstag, 26. Dezember, Wanderung am 2. Weihnachtsfeiertag zu Lug ins Land, Wasserfall und Froschmaul, ca. 2,5 Stunden.

Die Weihnachtswanderung führt uns durch den Cöthener Urwald über die Berge zu Froschmaul und Lug ins Land. An der Park-Hütte im Park Carl von Jena legen wir eine Kaffeerast ein. Rückweg zum Mon Choix. Wandergeschwindigkeit 3km/h. Wanderleiter Corinna Gerber / Organisation Bernd Müller. Treff: 13.30 Uhr Waldgaststätte Mon Choix, Cöthener Weg 4, 16259 Falkenberg

15. Silvesterwanderung

Dienstag, 31. Dezember, 15. Silvesterwanderung auf den höchsten Berg Ostbrandenburgs

Die Wanderung (15. Jahrgang) führt uns durch den herrlichen Winterwald auf den Semmelberg, dem höchsten Berg Ostbrandenburgs, auf eine Höhe von 158 m über NN. Durch schönen Nadelbaumwald geht es zurück. 3 km/h Wandergeschwindigkeit, etwa 2 Stunden. Kaffeerast eingepflanzt. Wanderleiter Corinna Gerber

Treff: 13.30 Uhr Forsthaus Bodenseichen an der B 158 bei 16259 Bad Freienwalde

Neujahrspaddeln in Oderberg

Mittwoch, 1. Januar 2020, Neujahr

Gemeinsam in das neue Jahr starten. Dazu lädt die Sektion Kanu »Kanuverleih Oderberg« der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. unter Leitung von Karsten Förster am Neujahrstag ein. Geplant ist eine kleine Ausfahrt auf der alten Oder mit dem Kanu, Gemütlichkeit am Lagerfeuer mit Glühwein, Kaffee, Kuchen und Gegrilltem.

Treff: 14.00 Uhr Kanu Verleih neben Schiff »Riesak«, Herrmann-Seidel-Strasse 62, 16248 Oderberg. Eintritt frei.

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Organisationsgebühren (wenn nicht anders angegeben): Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Vierter Advent im Heidekrug

Am vierten Advent, dem 22. Dezember, um 16 Uhr kommen NADJA KOROVINA (Sopran), DAVID COLEMAN (E-Piano), BORIS LICHTMANN (E-Baß) und der Gesangsverein Eintracht Friedrichswalde in den Heidekrug. »Wenn der Christbaum blüht« ist der Titel des Programms – nach einer Gedichtzeile von Joachim Ringelnatz. Die Besucher dürfen sich auf klassische Musik und beliebte Weihnachtslieder unter dem festlich geschmückten Weihnachtsbaum freuen. Moderation Gisbert Amm. Der Eintritt beträgt 14 Euro. Einlaß ist ab 15 Uhr und es gibt Kaffee und selbstgebackenen Kuchen.

GISBERT AMM

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Weihnachten, das Fest des Friedens?

Weihnachten steht vor der Tür und überall gibt es schon Weihnachtsfeiern und Märkte aber auch traditionsgemäß geheimnisvolle Vorbereitungen.

Ich möchte gerne wissen wie viele meiner Mitbürger da einen Gedanken aufbringen, wie feierlich den Menschen in Rußland zu Mute ist, wo sie wissen, daß vor ihren Grenzen riesige Mengen an Kriegsmaterial stationiert werden. Nach Umfang und Zahl der teilnehmenden Truppen wird es das größte Kriegsmanöver seit

Jahrzehnten. Eine unmißverständliche Drohung gegen Rußland.

Wenn ich daran denke, fallen mir die sechs Kriegsweihnachten ein, zu denen wir auf die Feldpost warteten, ob meine Brüder noch am Leben waren.

Ich hasse den Krieg und seine Kriegsvorbereiter, Hetzer und ähnlich verkommene Monster. Wann wird endlich für alle Menschen die Völkerfreundschaft gewinnen?

ELISABETH MONSIG, die rote Oma

... Winterkonzert ...

Dupak

Frollein Neumann

Freitag, 20. Dezember 2019
Studentenclub Eberswalde
Beginn: 20:00 Uhr
Eintritt frei

Armenien-Vortrag

Bernau (pv). Das Land im Kaukasus verfügt über eine besondere Sprache und gilt als erstes christliches Land der Weltgeschichte. Dabei gehört die armenisch-apostolische Kirche zur Familie der Altorientalischen Kirchen, die einem besonderen Ritus folgen.

Der Vereinsvorsitzende Péter Vida berichtet über seine Reise nach Armenien und in die umkämpfte Region Bergkarabach. Dabei spielen ethnische, religiöse und kulturelle Spannungen eine große Rolle.

Die Besucher erwartet ein spannender Bericht samt interessanten Bildern über Religion und Politik dieser speziellen Gegend der ehemaligen Sowjetunion. Der Vortrag findet am Freitag, den 20. Dezember um 19 Uhr in der Herz-Jesu-Kirche Bernau, Bahnhofstr. 9 statt. Jeder Besucher ist herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei. Spende wird erbeten.

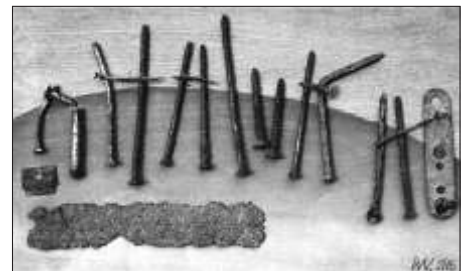
Anzeige

Lieber Vati, Opa und Uropa Norbert, wir wünschen Dir beste Gesundheit zum Geburtstag, viel Kraft für Deine Aktivitäten in der Partei und Freundschaftsgesellschaft und natürlich viele schöne Stunden mit Deinen Kindern, Enkeln und Deiner Urenkelin.

Kornelia & Hartmut

Ausstellung in Templin

Die Eberswalder Künstlerin **Dr. WALTRAUD VOIGT** wird ab dem 18. Januar 2020 in der großen Eingangshalle des Landsitzhotels Templin (Dargersdorfer Str. 123) zu sehen sein. Die Vernissage beginnt um 15 Uhr.



Waltraud Voigt bekam die künstlerische Ader faktisch vom Vater, der Zeichenlehrer war, in die Wiege gelegt. Schon 1960 belegte sie an der VHS Berlin-Köpenick einen Kurs für Portraitzeichnen. Ihr Berufsleben verbrachte sie als Ärztin. Mit dem Ruhestand 2001 begann sie ihr Hobby, Malen und Zeichnen, wieder zu pflegen. In ihren Arbeiten spiegelt sich die Liebe zur Natur und zu Menschen wider. Dem verleiht sie mit den verschiedensten Techniken Ausdruck.

Rentensprechstunde

Der nächste Termin ist am 8. Januar, von 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

Frohe Weihnachten, einen besinnlichen Jahreswechsel und einen guten Rutsch in ein erfolgreiches Jahr 2020 wünschen
Verein und Redaktion der Barnimer Bürgerpost

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 11. Dezember 2019

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 15. Januar 2020.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über einen Postzustelldienst wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonent/in

Geschenkabo für:

Name und Anschrift

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)